

im Leben verloren, die letzte Gnade, die ihn noch aufrecht gehalten, das Letzte Band, das ihn noch mit dem anderen Menschen verbunden hatte, und er schrie plötzlich laut auf und sang sein trünenüberflötes Gesicht in den letzten Altherren Schädel.

„Gut unterirdischer Stoff!“ riefete ihn auf.
„Was steht denn da, Dorflump, und hälfte Maulaffen
teig? Sieht denn nicht, daß der Brudergang hier vorbei
wollt?“

Da sah Samus entzückt auf und merkte, daß er getroben mitten im Bege stand, den der Zug passieren wollte. Er trat hervor, bestürzt und betwirrt, und ein flüchtiger Blick aus seinen dünnen Wangen traf die junge Frau, die da soeben an ihm vorüber schritt.

Sie aber stützte leise auf seinem Blid; sie wußte, daß er die Lügen wollte. Der Zug heute ist doch sicherlicher als jener, da ich zum „Dorfkumpen“ durfte.

Doch ihr ändert立at an der Ecke nichts: Wenn

war eines reichen Bauern Weiß, und er, Karl Johann Baum, war der — „Dorfkump“. Eher erft hatte man es Ihnen wieder gelegt. —

seine Zeit und erstaunlicher noch wurde er jetzt
schärfsten Nachts, kein Wort der Klage hörte man von ihm,
und als ihn mal einer fragte: "Welches Market! Dorflump,
wie kannst Du nur so schwiegen? Schon doch, tote die
anderen auf!" da hatte er entgegnet: "Lacht mich nur!
Was könnte der Dorflump wohl zu sagen haben?"
Die Zeit strich hin auch über das kleine Dorf, und
Hannes begann ruhig zu werden und zu tiergesessen.
Ein warmer, schöuler Sommerabend trüte über
der Landschaft. In der nahen Kreisstadt wurde heute eine
lombardische Ausstellung eröffnet, an der nach un-
ublichem Zurehen seitens des Gymnansiums und des Stad-

ters sich auch einige Bauern aus unserem Dorf beteiligt hatten. Zur Eröffnungsfeier war das ganze Dorf, Männer, Weiber, Burschen und Mädchen mit Ausnahme der Kranken und Gebrechlichen sowie der Kinder, in die Stadt gefahren, neugierig und interessirt zugleich, was für neuartige Dinge sie da zu sehen bekommen würden. Mit dem letzten Abendzug wollten alle zusammen wieder heimlehnern.

Dortiles hat definitiv geblieben; man würde gar scheinen haben, wenn er hätte mitfahren wollen. Und ihm wärs recht so. Was ging den „Dorfjung“ eine solche Hushaltung an?

Drüsend und schaudernd war der Zug gewesen, der Abend brachte keine Ruhé. Da vermodete Sonnes es in seinem engen Stämmchen nicht mehr auszuhalten, der Schweiß perlte ihm von der Stirn; er wollte hinaus ins Freie. Seit langen Wochen war er nicht draußen gewesen. Heute war die Gelegenheit günstig. Sie alle, von seinen Lippen er sonst den verhassten Namen zu hören gewohnt war, und denen er nicht gern begegnet wäre, waren in der Stadt, unbeschützt von ihrem Grunde würde er durch die Gassen irren können.

Das Herz ging ihm auf, als er vor dem Dorfe war. Da lagen sie, die blühenden, regenfrohen selber, die dunkeln Wälder, die hohen Berge und Höhen, die er alle so gut kannte. Welch tiefer, stiller Schenkbüche ruhte über der Natur! Seine rauhste das überröhrende für die Eichel reife Rose, häufig niederhängend einen Golmen blote Hornblumen; roter Mohr, und an den staubigen Bäumen der einzigen Gelbrose, auf deren Samen dem neuen Walde aufsicht, blühten Löwenzahn, Gartenkraut und sternförmige Goldblumen. Zwischen furtete ein Wolf Rehbock vor ihm auf, aber ein sängerl. Fohle hustete erschrocken über den Weg. Aus dem Walde rausch der Ruf des Geckes, und hin und wieder sang da oben dort ein beripptes Vogelein sein Schimmerstück. Ganz alles funktionierte.

Monatlicher Werbeitskalender für Gartenfreunde.

16

Der Monat April ist für den Obstgarten von ausjährlinge gebendter Bedeutung, und mit besorgtem Gefühl betrachtet der Obstäcker nun diese Zeit den Blütenblättern. Und er hat oft unrechte. Zumal in diesem Monat entfallen die Obstbäume ihrer Blüte und vom Berlauf der Blüte hängen in der Aussicht die Grünäusichten ab. Ein einziger Blütenknot ist genug, um diese Blütenknospen zu bremsen. Söhnre es ließ um Spätre herum nicht, dass man hier die Blüte durch Borbörigen nun Zärtlichkeit trocken, und manche Hoffnung, die man vielleicht auf seine voll mit Blütenknospen bestreiten Bäume setzt, dürfte nur durch den launigen April noch zerstört werden. Kleine Borbörige Bäume kann man noch dadurch schützen, dass man sie nach einer Frostnacht in früher Morgenstunde mit einem Wasser überbraust.

Aber auch unter der Trockenheit leidet die Obstblüte oft unerheblichem Wassere. Die ungäligigen Blüten stehen ihr Bezug auf Ernährung sehr hohe Ansprüche an den Baum, und doch mals ist der Obstlauf ein Ichholzter als zur Zeit der Blüte. Waffer ist das Transportmittel sämtlicher Nährstoffe und gleichzeitig auch Pflanzensmitten, und je lebhafter der Obstlauf, um so größer ist der Wasserverbrauch der Blüte. Geht also das Wasser, so leidet die Obstblüte Nahrungsangst, und wenn auch der Boden mit Nährstoffen gereicht überhäuft ist. Ein Waffer darf zur Zeit der Blüte nur leicht sein, aber besonders sorgfältig, denn ein Quellen der Blüten und der im ersten Entwickelungs stadium beständlichen Früchte wölben die unangenehmen Folgen seit. Es sind daher die Bäume während der Blüte reichlich zu bewässern. Wie oft und wie stark gegeben werden muss, hängt von den Bitterungsverhältnissen ab und ergibt sich auch aus der Untersuchung des Wobens. So behilfen die Spülereien an Blüten und Blüten trockt auschließlich bei Bewässerung; auch muss bei Bäumen auf Leichten, durchlässigen Sandböden die flüssige Bewässerung eher eingesen als bei solchen auf Lehmböden, trotz auch jungen Bäume, deren Wurzeln noch nicht so tief gehen, und Formationsbäume auf ihren Staubwurzelbüschen Unterlagen leicht unter der Trockenheit leiden als große Bäume. Das Gleiche selbst führt man in den Morgen- und Abendwassern, um die Bäume zuwirkt, dass das Gesamte, die Mardeln umgebende Erde mit Waffer gesättigt ist. Hat man Rauch auf „Aon“ so sieht man den Wasser ein Meter bis ein Drittel von diesem Wunder an.

Mit dem Erstellen der Blüten treten auch bereits Feinde auf den Plan. Die gewaltigsten unter ihnen sind die Rapsblätter, und Rapsentenspinner, zwei kleine Räubertiere, die Blüten, beim Frühlingsschaden ansetzen und mit einem Ei befreit. Die halb darauf dem Ei entstehende Rapsblätter besteht aus einer Art, welche der Rapspe und riecht dagegen darunter. Wo nun diese Räder lebt bewirkt, da berührt man, die durch gehobenen der Raps- und Schütteln des Baumes auf vorher ausgetretene Lücher einsammeln. Nicht minder gefährlich ist die Rapsblattläuse, die wegen ihrer Kleinheit aber von den meisten beobachtet werden. Sie sind durch das Abfallen der Blüten übersehen wird. Das Weibchen dieser Schädlinge lebt sehr lange Rapsblätter, die Rapsblätter auf dem Blattstiel der Blüte und riecht darunter. Die abgefallenen Blüten zu vernichten und die Bäume mit Blütenabfällen zu beschützen. Außerdem sind noch die berüchtigten Raupe, welche Fruchtpanzer, Schuppenpanzer, Wolfsfutter, Baumfeindlinge usw. gefährliche Feinde der Obstbäume, welche Blätter der Bäume, und fällt man sie auf deren Wurzeln und Rüttelt der Blüte.

Gossen Neuanpfändungen lebt noch mit Kräutern ausgewählterwerben, so sind diese nicht behinderter Wuchs auszuführen. Zur erster Linie ist darauf zu achten, dass die Bäume nicht längere als unbedingt notwendig bei trockenem Freihahnslust ausgesetzt sind und das nach dem Pfosten die Bäume durchdringen und gegessen werden. Das Gießen ist nach Bedarf zu überholen, auch ist zu empfehlen, diesen Bäumen einen einfachen Wollfutter, zu geben. Der Stoff verhindert eine zu hohe Entwicklung des Krautwurzels und kann verhindert dadurch ein Kambialverlust verhindern.

Die Bäume den Obstbäumen erscheinen mit keinem Grünherben auf zuwerben. Man setzt möglichst mehrere Ressorten auf, eben mit füllige die Schnitte mit einem schönen, scharfen, scharfen Weller aus. Die Veredelungssiebe, welche man zusätzlich mit Bäumen

Wendefurten
befand sich
die schmalen
Quellen, die
mehrere
Stellen auf
der Höhe
der Gemarkung
haben. Diese
wurden durch
eine Reihe
von den
ausgestoßen
durch einen
Bach, der
sich unter
der Straße
zu einem
kleinen
Fluss ver-
zweigt und
in die
Elbe mündet.

en spät
gelegte
in Bö-
dien
müs-
jetzt mit
Mot- und
übermeile
dieselben
die jungen
angurde
werden.
die jungen
gelebt
wörtern
eines Lü-
in Tag-
gebäude
stiel an
nechmen
e Russ-
s, Gu-
nicht
t oder
ben L-
rechen
e Wirt-
Gaußburg
fräßig
ausplän-
durch
e nicht
er befre-
um Ette-
nen in
in 1
d. sam-
Märkten
1 die

„Wir haben die ersten Ergebnisse der Untersuchungen erhalten und können Ihnen darüber berichten.“

verschiedene Formen und Größen.
Hochsinniger, aber schwierig mit vorliegenden Beispielen verhängt.

in	hier	über
auf	auf	über
unter	unter	unter
über	über	über
unter	unter	unter

Die C. verfügt über einen ausreichenden Vorrat an Materialien und kann daher auf die Herstellung von Kleidung und anderen Gegenständen verzichten. Sie kann sich auf die Herstellung von Kleidung und anderen Gegenständen konzentrieren.

3. Arbeitsergebnisse
en gezeichnete Stimmung wurde im
Jahre 1938 von der Befreiungsfront
veröffentlicht. Sie erzielten einen erheblichen
Erfolg und wurden von den
deutschen Behörden als "unzulässige
Propaganda" verboten.

Die Gebäudefassade ist mit einer Mischung aus hellen und dunklen Blöcken verblendet. Die Gebäudefassade ist mit einer Mischung aus hellen und dunklen Blöcken verblendet.

erkenntnisse und Theorieen der alten Schriftsteller und Dichter, die sich auf die heutige Sprache und Litteratur beziehen. Es ist eine sehr interessante und lehrreiche Arbeit, die den Leser in die Welt der klassischen Literatur einführt.

Die Zahl der Anträge auf Ausländerkarte ist in den letzten Jahren erheblich angestiegen. Ein großer Teil davon geht auf ausländische Arbeitnehmer und deren Familienmitglieder aus. Die Anträge werden von den zuständigen Behörden bearbeitet und entschieden. Die Entscheidung über einen Antrag kann einige Monate dauern. Es gibt verschiedene Gründe für die Verzögerung, wie zum Beispiel die Überprüfung der Dokumente oder die Prüfung der Arbeitsfähigkeit des Bewerbers.

innovative technologies to support the development of sustainable energy systems.

Die „Wochenschrift“
erscheint wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
redaktion, Neue Gravenstr. 6/6,
durch Kuryoriente zu bezahlen.
Es kostet jährlich W.F. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Für die Post bezogen W.F. 2.50,
frei ins Haus W.F. 2.02,
keine Post am Dore, W.F. 2.34.

GOLDSMITH

**Gesephot
Medaktion 3141.**

Organ für die werkfältige Bevölkerung. Selvson
Expedition 1206.

Inseratensetzung: Beträgt
für die einschlägige Volkszählung
aber deren Raum 30 Pf.
Ausdrückliches Inserat 40 Pf.
Davon je weiter Text 1 Pf.
Inserate für Werbellinmarkt 15 Pf.
Ausdrückliche 25 Pf.
Vereins- u. Versammlungs-Vereinigungen
15 Pfennige.
Inserate für die nächste Wimmenau
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Att. 81

Breslau, Dienstag, den 8. April 1913

84 8x5

Der Kampf im Reichstag.

Dem großen parlamentarischen Kampf um die Militärvorlage, der am Montag im Reichstag beginnt, fehlt das stärkste Moment der dramatischen Spannung, die glatte Entscheidung zwischen ja und nein. Niemand zweifelt daran, daß die bürgerlichen Parteien abermals bereit sein werden, eine ungeheure Steigerung der Präsenzstärke des Heeres zu bewilligen und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß diese Steigerung nicht oder wenigstens nicht bedeulend hinter dem ausschweifenden Programm der Heeresverwaltung zurückbleiben wird. Sieht man von der Deckungsfrage ab, die ja gesondert von der Militärvorlage behandelt werden soll, so liegt das Spannungsmoment der bevorstehenden Verhandlungen nur in der Frage, wann die Vorlage erledigt wird, mit welcher Begründung die bürgerlichen Parteien für sie eintreten werden, welche Abstriche vielleicht gemacht werden und welche Reformen am Ende doch zugleich zu erreichen sind. Das alles wird sich aber erst in den späteren Stadien der Verhandlung entscheiden. Auch die Begründung, mit der sich Zentrum und Fortschritt dazu entschließen werden, den Sprung ins Ungemessene mitzumachen, wird erst gegeben werden, wenn sich die übliche Komödie in der Kommission abgespielt haben wird. Einstweilen wird man wohl „Bedenken“ markieren, um sich in vertraulichen Beratungen von der „Notwendigkeit“ des Geforderten „überzeugen“ zu lassen. Solche unter dem Siegel des Staatsgeheimnisses mitgeteilte Gründe haben ja immer den Vorzug, der öffentlichen Kritik unerreichbar zu sein und nie sterben die Allzuvielen aus, die treuherzig genug sind, im leeren Schrank diplomatischer Geheimnisrämerei irgendein fabelhaftes Ungeheuer zu vermuten, unter dessen zwingendem Bann die wissenden Volksvertreter handeln.

Interessant wird also die erste Lesung der Militärvorlage nur insofern sein, als sie einen Maßstab der Stimmung geben wird, in der die bürgerlichen Parteien an die ihnen gestellte Aufgabe herantreten, oder richtiger: einen Maßstab der Kunst, mit der die bürgerlichen Parteien ihre wahre Stimmung zu verbergen wissen. Denn wohl ist keiner von ihnen bei diesem Handel, und neidvoll mag manches Auge nach der äußersten Linken hinüberschleien, die ohne Eiertanz und Wenn und Aber ihre selbstverständliche gegebene Stellungnahme zum Ausdruck bringen wird.

Die Sozialdemokratie lehnt sich mit ihrer ganzen Kraft gegen die ungeheuerliche Zumutung der Regierung auf, sie wird alle parlamentarischen Mittel erschöpfen, um die Vorlage zu bekämpfen, und sie wird, wenn sie in diesem Kampfe unterliegt, das letzte Urteil über ihre Haltung mit ruhigem Gewissen der Geschichte und dem Volke überlassen. Die Mehrheit hat die Möglichkeit, sie zu besiegen, dafür ist sie die Mehrheit, aber sie sollte bedenken, daß sie solche Siege immer noch teuer genug bezahlt hat. Indes die Sozialdemokratie im Reichstag unaufhörlich „besiegt“ wurde, ist ihr Einfluß in den Massen ebenso unaufhörlich gewachsen. Im Kampfe gegen Militärvorlagen ist sie immer größer geworden, und ihr Vorteil dabei wird um so größer, je greller der Gegensatz wird zwischen den nimmermehrigen Bedürfnissen des Rüstungsfiebers und der vordringenden allgemeinen Lebendigkeit von der Gefährlichkeit dieser unheilvollen Entwicklung.

Nie ist in der Welt die Friedenssehnsucht, der Wunsch nach Verständigung unter den Völkern und nach Einhalt der Rüstungsraserei stärker gewesen als in diesem Augenblick. In kluger Weise versteht es die englische Regierung, diese mächtige Strömung auszunützen, und auch Frankreich trägt ihr Rechnung, indem es sich im Rüstungskampfe in die Defensive drängen lässt und keinen Zweifel darüber gestattet, wem in diesem unblutigen Kriege die Rolle des Angreifers zufällt. Die deutsche Regierung hat mit unglaublicher Gewissenlosigkeit alle Welt alarmiert, Kriegsbefürchtungen geweckt, das Rüstungsrasen in allen Ländern Europas bis zum Taumel gesteigert.

Die deutsche Regierung sieht in diesem Falle gegen sich selbst. Zum zweiten Male verwirft sie als unzureichend, was sie im Jahre zuvor als gänzlich zureichend selber gefordert hatte. Ihrem eigenen Programm der allmählichen Entwicklung des Heerwesens schlägt sie ins Gesicht, indem sie in drei Jahren, in drei aufeinanderfolgenden immer größeren Sprüngen die Präsenzstärke der Armee um rund 180 000 Mann erhöht. Vor drei Jahren, als es sich um die ersten 11 000 Mann handelte, sagte der Kriegsminister v. Seeringen dem Reichstag:

Das Ihnen vorgelegte Friedenspräzessgesetz will die Be-
seitigung der Schwächen entsprechend dem bewährten
Verfahren bei den letzten Militärvorlagen in einer Ent-
wicklung auf fünf Jahre suchen. Eine solche
allmäßliche Entwicklung ist meines Er-
achtens angängig, wenn keine absoluten
äußerer politischen Schwierigkeiten vor-
liegen und wenn ein gesetzlich festgelegtes Programm der
Heeresverwaltung die Möglichkeit bietet, die fraglichen Aände-
rungen von langer Hand vorzubereiten. Das ein
solches Verfahren auch das wirtschaftlich günstigste ist, darf ich
nebenbei betonen.

Und als ein Jahr darauf das Quinquennat gebrochen und eine neue Verstärkung der Friedenspräsenzstärke gefordert wurde, sagte der Kriegsminister wiederum:

gleichgültig sein, die schwarzen Berge, hinter denen er liegt, müssen sie ihm doch stehen lassen. Deshalb stürmt und bombardiert er Stuttgart weiter.

Die Ausstellung der Strickeinfüße

Die Ausbildung der Seegefechte.

Bien, 5. April. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Antivari um 10 Uhr vorraillags: Heute vor 5 Uhr morgens erschienen aus südlicher Richtung ein englischer und ein französischer Panzerkreuzer. Sie nahmen vor Antivari Aufstellung. Um 9 Uhr setzten sich der Kreuzer „Breslau“ und vier österreichische Kriegsschiffe der nördlichen Demonstrationsschlote in Bewegung gegen den Hafen von Antivari. „Breslau“ fuhr in den Hafen ein, wo sie noch wellt. Um 10 Uhr näherten sich auch die beiden italienischen Panzerschiffe und die übrigen Schiffe. Zwei österreichische Torpedoboote sind vor Spizza veranisiert.

Paris, 5. April. Der "Temps" meldet aus London: Die Flottendemonstration soll folgendermaßen vor sich gehen: Die Kommandanten der Schiffe werden alle im Einverständnis miteinander handeln. Zedenfalls wird keine Truppenlandung oder ein Bombardement ohne vorherige Aussage bei den Mächten vor sich gehen.

Das Bombardement.

Wien, 5. April. Die Nachricht, Skutari werde seit vorgestern neuerlich bombardiert, wird von unterrichteter Seite bestätigt. Den Oberbefehl über die belagernden Truppen führt der serbische General Bojovitsch. Mit dem Generalsturm soll, wie berichtet wird, bis zu dem Eintreffen weiterer serbischer Truppen verstärkungen gewartet werden. Das Kommando über die internationale Flotte, welche die montenegrinische Küste blockiert, führt der englische Vizeadmiral Cess Burney, der sich auf dem Kriegsschiff „King Edward VII.“ einschifft.

Belgrad, 6. April. Trotz der großen Anstrengungen der serbischen und montenegrinischen Truppen, die bei ihren Angriffen große Bravoure an den Tag legten, hält sich Skutari immer noch. Der Boden in der Umgebung der Festung ist vollständig durchweicht und behindert die Angriffe in hohem Maße. Der Oberbefehlshaber General Vojowitz hat Befehl gegeben, durch Grenetruppen erst einen Weg für die Infanterie-Abzüsse zu lassen. Die serbische Artillerie hat bereits einen bedenklich Erfolg zu verzeichnen; sie brachte die türkische Artillerie von Brdika und Bardagol zum Schweigen. General Vojowitz ist der festen Überzeugung, daß Skutari sich nur noch zwei Tage wird halten können.

Eine Niederlage?

Wien, 6. April. Die „Albanische Korrespondenz“ erhält aus Antivari folgenden Bericht über den letzten Sturm auf Skutari: Der Kampf war ungemein blutig. Drei Bataillone, eines aus Cetinje und zwei aus der Umgebung wurden vom Tarabovich vollständig niedergesiegt. Hier hatten die Montenegriner 2700 Toten und Verwundete. Bei Brodza ging es ebenso her. Hier schlugen die Serben gegen reguläre Truppen und Kavallerie trübselige. Die Verteidiger kämpften wie die Löwen und schlugen die an Zahl weit überlegenen Serben mit einem Verlust von 1000 Mann an Toten und Verwundeten zurück. Nicht besser ging es den Montenegriner am Batbaniol, wo sie mit einem Verlust von 1500 Mann an Toten und Verwundeten zurückgeworfen wurden. Die Beschießung von Skutari kämpfte mit großer Ekelterung, was wohl mit darauf zurückzuführen ist, daß die Verteidiger in diesem Albaner sind, die für die Freiheit ihres Vaterlandes kämpfen. Am montenegrinischen Lager hatte man den Fall Skutaris bestimmt erhofft. Vor dem letzten Sturmangriff hatte König Milivoj Skutari einer Bürgermeister und alle Lokalbehörden ernannt. Auch Schilder für die Amtsgebäude in montenegrinischer Sprache befinden sich im Lager. Der König hatte verschiedenen Offizieren Häuser in Skutari versprochen, um sie anzuzeigen.

Das letzte Wort.

Nov., 6. April. Wie die "Agenzia Slesant" erzählt, haben gestern die so mannd aufen der in den montenegrinischen Gewässern versammelten Kriegsschiffe unter dem Befehl des englischen Lizeoadmirals Cecil Burney eine Beratung abgehalten, auf Grund deren an den montenegrinischen Ministerpräsidenten die telegraphische Muffordierung gerichtet wurde, den einstimmigen Beschluß der Großmächte zu verstetzen und unverzüglich Antwort zu ertheilen. Das Telegramm lautet folgendermaßen:

gramm lautet folgendermaßen:

Ich habe die Ehre, Sie davon zu benachrichtigen, daß die internationale Flotte vor Antrabat in den montenegrinischen Gewässern vor Anker gesunken ist. Die Flotte ist erschienen, um gegen die Regierung Montenegros, die Wünsche der Großmächte zu erfüllen, die protestieren. Ich möchte die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf die Auswesensheit der internationalen Flottillen, welche nicht nur bezeugt, daß die Großmächte einig sind, sondern daß sie auch den Wunsch haben, daß ihre Entscheidungen unbedingt angenommen werden. Ich bitte Sie, mir sofort mitzuteilen, daß Ihre Reaterung bereit ist.

Alimentary Disease

Promulgation.
Cetinje, 7. April. Die Antwort des montenegrinischen Ministerpräsidenten an den Oberbefehlshaber der Flotte lautet nach einer amtlichen Mitteilung: Montenegro habe seinen Standpunkt bereits in der an die Vertreter der Mächte gesetzten Mitteilung vom 2. April zum Ausdruck gebracht. Infolgedessen rätselhaft, er bleibe dem Admiralrat gegenüber und führe hinzu, daß

fröß der Pression, die die Unwesenheit der Flotte in sich schließe, Montenegro von seiner Haltung, die den Erfordernissen des zwischen den Verbündeten und der Türkei bestehenden Kriegszustandes wie auch dem seitens der Mächte bei Ausbruch der Feindseligkeiten proklamierten Neutralitätsprinzips entspreche, nicht abgehen könne. Dieses Prinzip sei durch die Unwesenheit der internationalen Flotte in den Gewässern von Montenegro zum Nachteil Montenegros verletzt.

Serbisch-bulgarsche-Griechische Verwicklungen?

Petersburg, 6. April. Der Leebend, den der Minister des Auswärtigen Salomon den Vertretern der Duma gab, wurde eingelöst mit einem Exposé über die äußere Politik Russlands. Salomon stellte in Beantwortung der an ihn gerichteten Fragen fest, daß Russland keine kriegerischen Beweckungen zu fürchten habe. Die Forderungen der Balkanverbündeten wiesen, so sahre Salomon weiter aus, mehr oder weniger erfüllt werden, die geringste Genugtuung würde Montenegro erfahren, dann es würde Skutari nicht erhalten. Der Minister glaubte, daß der Streit um die bulgarisch-serbische Grenze noch große und schwere Verwicklungen im Gefolge haben werde. Die Entwicklung der militärischen Operationen habe die Serben weiter nach dem Süden geführt als es ihnen der Blidniusvertrag erlaubte. Bis heute müssen beide Parteien dieser Frage wenig Wichtigkeit bei, da sie glaubten, daß der Kaiser von Russland die oberste Entscheidung in dieser Frage treffen würde. Deshalb gingen in der letzten Zeit die Sorgen einer solchen Lösung aus dem Wege.

Russland, 6. April. Der Korrespondent des "Secolo" in Suloniki berichtet: Die Bulgaren überzogen die ganze von den Griechen offiziell besetzte Zone mit einem Netz kleiner bulgarischer Garnisonen, hielten überall, wo sie in der Mehrheit waren, die griechische Fahne nieder und verjagten die griechischen Leibharden. Dabei kam es zu heftigen Zusammenstößen, bei denen viel Blut auf beiden Seiten fließt. Zahlreiche Notabeln sollen in Richtung von Bulgaren niedergemordet worden sein. Bei dem gefangenem bulgarischen Hauptmann Athanassow sollen kompromittierende Schriftstücke gefunden worden sein, die besagen, daß der Angello auf die Griechen mit Vorbedacht ausgeführt wurde. Die Bulgaren erschanden sich siebenfach auf dem linken Ufer des Marosflusses und richten Kanonen an, um gegen die griechischen Stellungen. Angesichts der immer deutlicher steigenden Spannung konzentrierten die Griechen im Zentrum der Truppenmassen in Suloniki, wo bereits Hunderttausend Griechen versammelt sind. In griechischen Kreisen Suloniks wird, nach dem "Secolo", eine baldige Abrechnung zwischen beiden Staaten für unvermeidlich gehalten.

Politische Übersicht.

Der abgeschlossene Zwischenfall.

Die Uffäre des Zeppelin-Luftschiffes 3. IV. ist zwischen Franzosen und Russen viel zu harmlos verlaufen. Wie schon wäre es doch gewesen, wenn die Bevölkerung von Lüneville über wenn gar das französische Heer den Luftschiff zerstört oder die deutschen Offiziere gräßlich bestellt hätte. Dann hätte man, wenn nicht gar einen Friedensschluß, so doch neues identisches Material zur Stimmenmacht gehabt. Nun ist nach den bisher vorliegenden halbamtlichen Berichten nichts von alledem geschehen, die deutsche nationalistische Presse muß sich in ihrer Art schon mit allerlei Tatsachen nachrichten behelfen, deren Glaubhaftigkeit ihr selbst zweifelhaft erscheint, und die sie Ihnen zufreden mit dadurch zu machen kann, daß sie darauf hinweisen, wie stark die chauvinistische Abneigung gegen Deutschland in Frankreich sei, vorausgesetzt, daß die Röbel oder daß die Behörden sich dieses oder jenes Übergriffes schuldig gemacht hätten.

Wir können ja ruhig einmal annehmen, daß französische Fachleute sich den gefangenen Vogel recht gründlich angesehen haben. Sie wären, offen gestanden, Narren gewesen, wenn sie es nicht getan hätten, und niemand wird uns weismachen wollen, daß man im umgekehrten Falle

in Deutschland anders gehandelt hätte. Eine Militärbehörde, die einen so glücklichen Zufall nicht ausnutzte, um die militärischen Geheimnisse des Gegners lernen zu können, handelt unverantwortlich. Und wenn die "Post" und die "Tägliche Rundschau" in ihren heiligsten Gefüßen gestohlen, von französischer "Spionerete" roben, so kann das nur lächerlich wirken, da diese Spionerete jedenfalls harmloser und natürlicher ist, als die, die von den Militärbehörden aller Länder gegeneinander durch Offiziere oder durch zweifelhafte künftliche Subjekte geübt wird.

Inzwischen ist, wie der "Berliner Volksanzeiger" berichtet, dem französischen Minister des Auswärtigen Bichon vom deutschen Botschafter in Paris, Fr. v. Schoen, im Auftrag der deutschen Regierung folgendes Dankschreiben übermittelt worden:

Mein lieber Minister! Die Kaiserliche Regierung, der ich die von der Regierung der Republik gelegentlich der unfreiwilligen Landung eines deutschen Ballons zu Lüneville getroffenen Maßnahmen ungehoben zur Kenntnis brachte, hat mich beauftragt, der Regierung der Republik ihren warmsten Dank für die Art der Erledigung dieses bedauerlichen Zwischenfalls auszudrücken, welcher die Kaiserliche Regierung die höchste Verachtung hält. Es gereicht mir zum Vergügen, diesen Auftrag bei Euer Excellenz zu erfüllen und ich bitte Sie, mein lieber Minister, bei diesem neuen Anlaß die Versicherung meiner größten Hochachtung zu genehmigen. Gez. v. Schoen.

In der Übersetzung des französisch abgefaßten Schreibens, wie sie die "Berliner Morgenpost" gibt, heißt es sogar:

Die Kaiserlich-deutsche Regierung, der ich auf schnellstem Wege von dem liebenswürdigen Entgegenkommen Kenntnis gegeben habe, daß die französischen Behörden bei der unfreiwilligen Landung eines deutschen Ballons bei Lüneville an den Tag legten, braucht mich ... usw.

Der Versuch, noch am Vorabend der Reichstagsdebatte über die Militärvorlage eine kleine deutsch-französische Heze zu inszenieren, darf danach ebenso als erledigt gelten, wie der masslos aufgebauten Zwischenfall selbst.

Der Parvenü des Patriotismus.

So hat Genosse Dr. Liebknecht in der Sonnabendsgespräch des Dreiklassenhauses das Zentrum genannt und er leitete diese Bezeichnung ab aus den patriotisch-enthusiastischen Neben, mit denen sich das Zentrum gegen seine Bemerkungen über die Haltung der deutsch-nationalen Studentenschaft aus Unabsicht der Jahrhunderfeier gewandt hatte. Namenlich der Zentrumspol. v. Savagny konnte sich darin nicht genug tun und leistete sich sogar eine außerordentlich scharfe Kritik seines eigenen Parteiführers Dr. Portsch, der am Freitag während der Liebknechtischen Rede den Vorsitz geführt, aber zu einem Einschreiten nach dem Herzen des Zentrums keinen Grund gefunden hatte. So ist eben schon einmal diese Partei gearbeitet, die angeblich für Wahrheit, Freiheit und Recht eintritt, aber die Wahrheit über 1813 nicht hören mag, dem preußischen Volk die Freiheit des elendesten aller Wahlkampfes gönnat, und das Recht immer auf der Seite der Stärkeren sieht!

Balkankrieg und Wirtschaftslage.

Neben die ungünstige Wirkung des Balkankrieges auf das europäische Wirtschaftsleben schreibt die "Arbeitsmarkt-Korrespondenz":

Die Verzögerung des Beginns der Flottendemonstration an der montenegrinischen Küste, die in einem merkwürdigen Gegensatz zu der wiederholt betonten Einmütigkeit der Großmächte steht, macht während der letzten Woche einen recht peinlichen Eindruck. Es treten schon wieder deutliche Anzeichen einer wachsenden Begehrlichkeit der Balkanstaaten herbei. Dies ist die Folge der unentschlossenen Haltung der europäischen Kabinette. Die Mitteilungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes in der Budgetkommission des Reichstags machen, soweit sie sich auf die Balkanfrage bezogen, ebenfalls einen recht ungünstigen Eindruck. Es fehlt anscheinend der europäi-

schen Politik gegenwärtig an jeglicher Direktive. Die Hoffnung, daß die Großmächte durch energisches Auftreten einen baldigen Friedensschluß herbeiführen und damit eine schwere Sorge vom europäischen Wirtschaftsleben hinwegnehmen könnten, scheint sich noch nicht erfüllt zu wollen. Damit verringen sich wiederum die Aussichten auf die ersehnte Belebung des Geschäftsganges in verschiedenen Zweigen der weiterverarbeitenden Industrie. Das erste Quartal 1913 hat unter dem Druck des politischen und Geldmarktverhältnisses bereits einen so starken Rückgang der gewerblichen Unternehmungslust auf fast allen Gebieten gebracht, wie wir ihn nicht einmal im ersten Jahre 1908 erlebt haben. Die Anfang April eingetretene Erleichterung am Geldmarkt, die an sich eine regelmäßige um diese Zeit wiederkehrende Erscheinung ist, wird vielfach als günstiges Symptom angesehen. Man will sie mit dem Rückgang des bisher zurückgehaltenen Vermögens in Zusammenhang bringen. Die Ursachen dürfen jedoch anderer Art sein. Das Absinken der gewerblichen Unternehmungslust, sowie die anhaltende Depression am Wertpapiermarkt haben eine beträchtliche Verminderung des Kapitalbedarfs zur Folge gehabt. Die Erleichterung am Geldmarkt könnte also unter Umständen als ein neues Krisenzeichen angesehen werden. Sollte in letzter Stunde die Hochkonjunktur vor dem Zusammenbruch bewahrt werden, so sind auch wieder höhere Ansprüche an den Geldmarkt zu erwarten. Die Aussichten für den Herbst 1913 sind auf alle Fälle ziemlich trüb. Zeigt der Geschäftsgang in der Industrie steigende Tendenz, so werden auch die Diskontsätze wieder sehr rasch ansteigen. Eine Entspannung am Geldmarkt ist für den kommenden Herbst nur dann zu erwarten, wenn bis dahin eine allgemeine Wirtschaftskrise eingetreten ist. Die Gefahr einer allgemeinen Konjunkturvergleichung wird noch dadurch erhöht, daß die Bau-tätigkeiten in fast allen Teilen Deutschlands im Frühjahr 1913 sehr schwach eingesetzt hat. Wenn auch die Unwissheit über den Ausgang der Krisenverhandlungen im Baugewerbe hierbei vielleicht nicht ohne Einfluß war, so bleibt als Hauptursache doch die ungünstige Lage des Baum- und Hypothekenmarktes bestehen. Außerdem wird aus der Provinz fast allgemein berichtet, daß die Niederaufstellung am Wohnungsmarkte ihre nachteiligen Folgen nicht mehr in dem Maße durchsetzt wie im Vorjahr. Das Überangebot ist durch die wachsende Nachfrage erheblich vermindert worden und an vielen Orten macht sich bereits ein starker Wohnungsmangel bemerkbar. Hieraus ist zu schließen, daß eine durchgreifende Besserung der Geldmarktverhältnisse in den meisten Gegenden eine rasche Belebung der Bauaktivität hervorruft muss. Selbst am Berliner Baumarkt scheint gegenwärtig ein Tiefpunkt erreicht zu sein, von dem aus es nur noch eine Besserung geben kann. In der Presse aller Parteien stehen die Wehr- und Deckungsverträge im Vordergrunde der Diskussion.

Bamberger über das Erbrecht des Reichs.

Der bekannte Vorkämpfer des Reichserbrechts Justizrat Bamberger-Alschersleben, kritisiert in der "Tägl. Rundschau" den diesbezüglichen Entwurf des Bundesrats, mit dem er durchaus nicht zufrieden ist. Er weiß zunächst darauf hin, daß der Beitrag nicht 15, sondern 21 Millionen betragen soll (25 Prozent sind den Einzelstaaten vorbehalten) und rechnet auf ein noch größeres Gesamtergebnis. Dann fährt er fort:

Bedauberlicherweise hält sich der Entwurf in engeren Grenzen, als maßvolle Nationalökonomie und Finanzpolitiker empfohlen haben. Das öffentliche Erbrecht steht nicht hinter den Geschwistern des Verstorbenen ein, sondern erst hinter allen Abkömmlingen der Geschwister. Das macht für die finanzielle Wirkung einen ganz bedeutenden Unterschied aus. Ob unter diesen Umständen die Freunde des Reichserbrechts für den Entwurf stimmen können, ist zu befürworten, so sehr man anerkennen muss, daß eine schwere Verant-

"Das will ich meinen. Euer Axel hat ja gleich mit Gott angefangen."

"Steigt das im Grunde sehr zu Kopf?"

Der Wirt lächelte überlegen. "Wenn man erst damit angefangen hat, kommt man ja bald nicht wieder heraus."

Das Auge des Aufhers begann zu leuchten; es stieg plötzlich eine Hoffnung in ihm auf. Die Leute der Wirt hatten alle die Schmucke Axel einmal gehabt zu schätzen. Es ging die Sage, daß man ihn vor vielen Jahren einmal auf einem Stiftungsfest der Wirt in der Tat klein getrieben habe. Aber damals waren freilich auch andere Kerle auf der Wirt, als heute, pflegten die älteren Arbeiter hinzuzufügen, wenn sie davon erzählten. Außerdem behauptete der alte Arbeiter, der seit einigen Jahren in den Stall gestellt worden war, daß er in diesem Punkte mit Axel einmal eine sehr interessante Fahrt gehabt habe. Es war besonders dieser Umstand, der den neuen Kutscher wütete. Wenn er einmal ein Erlebnis erzählen wollte, kam der alte großschnauzige Axel gleich mit dieser Geschichte und eine solche hatte er nun einmal nicht erlebt. Ob es ihm heute Abend nicht gelingen sollte?

Es wurde nach und nach im Katerzimmer stiller. Einer nach dem anderen kam durch das Gastzimmer und verschwand.

Um vier Uhr kam auch Axel, sehr weinigerdetet. Er war bereits in Pelz und Zylinder und wanted direkt, als er sich eine Zigarette für den Kutscher anzünden begann.

Der Kutscher triumphierte; daraus ließ sich bei einiger Phantasie schon etwas machen.

"Was ich sagen wollte", begann Axel, indem er sich immer noch mit der Zigarette abmühte, "ich lasse meinen Wagen wieder zurückkommen."

Der Wirt war aufgestanden.

"Stellen Sie den alten Septimus hinein und meinetwegen auch den Referendar, wenn er mitgehen will."

"Der geht sicher nicht", sagte der Wirt mit einem leichten Seufzer, "der ist noch nie gegangen."

"Ich sagte es auch mehr um der Vollständigkeit willen,

Legen Sie ihn in irgend ein Zimmer, es braucht aber kein Frauenzimmer in der Nähe zu sein."

"Ach", sagte der Kutscher und verschloß sich an seinem Grog.

Axel rührte gute Lebern auf.

"Kein lieber Christian", — Axel wanted ein wenig — wie

viel Grog hat Du schon auf meine Rechnung getrunken? — "Passe auf den Vogel, mein Freund! Es ist die höchste Zeit."

Christian ging seelenberglückig hinaus; das war ein Witz,

den er morgen erzählen wollte!

(Fortsetzung folgt.)

In schlimmen Händen.

Roman von Eric Schäffer.

39)

(Nachdruck verboten.)

"Du hast den Butterhändler wohl vergessen?" schmunzelte Septimus. Er hatte in seiner stillen Weise Axel sehr lieb. "Im Gegenteil! Ich habe ihn mir längst wieder geschenkt!"

"Ach was!" rief Axel. "Der Baron stand einsam und verlassen an der seinen Arm gelegt. Er sah auch so fertig und schwach aus wie immer. Sein Bart war rein; sein Wesen aber schien durch den Frost. Jenen, mit denen lange keinen Schritt gegangen!

Jenau, er kannte Axels Mutter. "Sie meines Herzens mit einer Flasche an", sagte der Referendar.

"Sie wollten, mit zwei!", rief Axel. "Der offene Schrank zusammen. Septimus hatte ihn adoptiert", wie er sich ausdrücken beliebte. Die Liebe zum Alkohol war beiden gemeinsam.

Axel schaute zwischen den beiden Ohren hindurch, als ob man die glänzenden Stäbe hinzutreffe. Er wäre sofort hinzugetreten, wenn Axel nicht dabei gewesen wäre. Axel aber schaute nicht gern gefragt, um wenigstens, wenn er in Brillantereite gekommen war.

"So einfach", rief dann über Septimus hinüber, "Sie haben doch sonst die Witwe gemocht!"

Axel hatte von einer wohlhabenden Witwe einen Stock bekommen. Er sei ihr zu dritt, hatte sie gesagt. Besonders im Sommer.

"Kommen Sie her, Axel", rief Axel ein. Er hätte die ganze Welt darunter mögen. Der viele Axel kam seinem Leben entgegen.

Axel kam ja eigentlich, daß er beim Aufstehen sein Glas.

"Ach, Jahren dahin", jubelte der Referendar, die französischen Lippen in das Glas, tauchte Septimus; es war natürlich sein Glas gewesen.

Der Referendar kam mit Begeisterung.

Axel rief fröhlich nach Jenau. Er wollte gleich zwei

Gläschen haben, um für die nächste Zukunft gesichert zu sein. Axel strahlte in wohltuender Lüne. Septimus schmunzelte stiller. Der Abend entwickelte sich vorzüglich.

An den Nebentischen begann es lebendig zu werden, wie die Stunde weiter vorrückte. Die Tänzer saßen mit ihren Damen in dem großen Gastzimmer, das unmittelbar in den Saal hineinführte; hier dampften die Pianos auf zwei langen Tischen. Die Herren aber, die durch kein witzliches Wesen gebunden waren, erschienen hinter im Katerzimmer, wo an diesem Abend freilich nicht gespielt wurde. Von den Sonotonialaden erschienen einige an Axels Runde; auch der Zahnarzt kam. Er war von Natur und aus Grundsatz ohne weiblichen Anhang. Die französische Witwe begann auch an den Nebentischen eine sehr belebende Rolle zu spielen. Das einmal gegebene Beispiel wirkte. Das Antlitz des Referendars lachte wie in einer siegreichen Schlacht; so tadellos war die Stimmung lange nicht gewesen. Axel sauste seine Genossen durch begeisterten Zuhör an.

Man mußte begeistert eifrig sein, wenn das Ganze nicht wie ein schöner Traum vorüberzuschauen sollte. Außerdem glänzte er in der sonnengebenden Runde so. Auch Lorenz Asanjan erschien auf einen Augenblick, um aber gleich wieder zu Dagnar zurückzuschreiten. Er freute sich über die ausgelassene Stimmung der trinkenden Herren. Er selber war einmal für die Stille geschaffen. Es widerstand ihm auch, die Kugel der Nacht durch Gelage zu tönen. Er wollte bald unauffällig mit Dagnar verschwinden.

Die dem gewöhnlichen Gastzimmer, das auf die Straße hinausführte, war es an diesem Abend ungewöhnlich. Der alte Vater des Wirts hielt hier die "Stallwoche", wie die Verwohner sich auszudrücken pflegten. Am Ende des Abends kam höchstens dann und wann ein Dienstmädchen, das für eine der Damen einen hergehängten Gegenstand abzugeben hatte. In den späteren Nachtdunkeln kam niemand mehr. Der alte Wirt saß gähnend am Tisch. Er schaute sich nach seinem Schlaf; aber es hielten noch lange dauern zu wollen.

Axel stand Axel zu bei einem Grog. Er drückte nicht recht, was in seinen Herzen geschehen war. Um drei Uhr war er fertig, er warnte bereit eine Stunde und Axel kam noch immer nicht. Glückseligweise hatte er die Pferde so mit Dingen versehen, daß den Nachtwicht nichts anhaben jüngte. Der Grog trank er gelassen auf Axels Rechnung. Ein heißer Zettel drängte aus dem Katerzimmer her.

"Die sind nicht schlafig", sagte der Aufherr.

"Aber ich", meinte der Wirt und gehörte lange und herzhaft.

Es scheint sehr leicht hinzugehen.

wortung darin liegt, einen Gesetzentwurf abzulehnen, der der Gesellschaft täglich 55.000 Mark aufzehrt, ohne einen einzigen Steuerzahler zu belasten.

Die Kritik Bambergers ist durchaus zutreffend. Sein Vorschlag lässt hier die testamentlose Erbfolge in der direkten Linie sowie zwischen Ehegatten und Geschwistern völlig frei und nimmt seinem das Recht, über sein Vermögen testamentarisch zu verfügen. Ein Erblasser, dem daran liegt, seine entfernten Verwandten zu bedenken, kann dies tun, indem er ein entsprechendes Testament aufstellt. Unterlässt er das, so müssten auch die Anhänger der bürgerlichen Eigentumsordnung, zu denen sich Herr Bamberger selber zählt, es nur gerecht finden, wenn sein Nachlass an die Allgemeinheit zurückfällt.

Gegen Rüstungswahn und Steuerbelastung.

In den sechs Berliner Wahlkreisen, sowie in den Wahlkreisen Teltow-Beeskow und Niederbarnim wurde am Sonntag, den 6. April, in 61 Volksversammlungen gegen die neuen Heeres- und Steuervorlagen Stellung genommen.

In Frankfurt a. M. protestierten die Parteigenossen in vier stark besuchten Versammlungen gegen den Rüstungsweltelser und gegen die neue Steuerbelastung.

In neuen stark besuchten Volksversammlungen protestierte die Dresdener Arbeiterschaft gegen die ungeheurelichen Preisschärfungen.

Die Leipziger Arbeiterschaft nahm in sieben glänzend besuchten Versammlungen Stellung gegen die neuen Rüstungsvorlagen und protestierte u. a. auch gegen den schwindelhaften Besuch, eine wirkliche Lösung der Deckungsfrage zu umgehen durch allerlei unzureichende und bedenkliche Ausfluchtmittel.

Der preußische Parteitag der Nationalliberalen.

In Hannover begann am Sonnabend der vierte preußische nationalliberale Parteitag, der sich mit den preußischen Landtagswahlen und mit dem Wehrvorlagen zu beschäftigen hat.

Eingeleitet wurde der Parteitag durch eine öffentliche Versammlung, in der Professor man über die Militärvorlage sprach. Bassermann betonte die Verschiebung und Verschlechterung der internationalen Lage für Deutschland durch den Balkanrieg. Die Militärvorlage sei die Konsequenz davon; Deutschland müsse gegen alle Eventualitäten gesichert sein. Deshalb werde auch die nationalliberale Reichstagssaktion der neuen Militärvorlage zustimmen. Im Prinzip stimme die Fraktion auch den Deckungsvorlagen schon jetzt zu. Aber in manchen Deutungen werde schon deswegen eine Aenderung eintreten müssen, weil sie den Erfordernissen der sozialen Gerechtigkeit nicht in vollem Umfange entsprechen. Redner bezweifelte, ob der Weg der richtige gewesen sei, den die Regierung bei der Herausziehung des Besitzes eingeschlagen hat. Das gelte insbesondere für das System der Matrikelarbeitslöhne. Der Standpunkt der nationalliberalen Partei sei der, dass sie die Einführung einer allgemeinen Besteuerung, einer Reichsvermögens- oder Reichsverbrauchssteuer nach wie vor als eine Notwendigkeit betrachtet.

Die Nationalpolen in Berlin und die Landtagswahlen. Die sich in Berlin aufhaltenden Nationalpolen hielten eine Versammlung ab, in der sie beschlossen, bei den kommenden Landtagswahlen sich der Stimme zu enthalten. Das Komitee der Nationalpolen, die genau so wie ihre Gleichgesinnten in den Ostmarken ständig das Wort von der Unterdrückung im Munde führen, halten schon in der Versammlungseinladung dafür gesorgt, dass keine andere Meinung als die ihre aufkomme. Es war angekündigt, dass nur derjenige zur Diskussion zugelassen werde, der auf dem nationalpolitischen Standpunkte stehe. Die sozialistisch gesinnten Polen, die sich selbstverständlich der Stimme enthalten, wurden dadurch verhindert, für Wahlteilnahme Propaganda zu machen.

Sachsen sträubt sich gegen die Reichsvermögens- und Reichseinkommensteuer. Die amtliche "Leipziger Zeitung" nimmt zu den Deckungsvorlagen in einem längeren Artikel Stellung. Sie hält die Schaffung einer Reichsvermögenssteuer gleichbedeutend mit der dauernden Schwächung der Bundesstaaten in der Erfüllung ihrer Kulturaufgaben. Das gleiche gelte von der Reichseinkommen- und Reichsvermögenszuwachsteuer. Das Blatt richtet die dringende Aufforderung an die Parteien des Reichstags, auf diese Steuern zu verzichten.

Das Vaterland muss größer sein. Die Kolonialbank in Berlin hat in ihrem soeben erschienenen Geschäftsbericht für 1912 folgende Stelle:

Die Voraussetzung für eine geistige Weiterentwicklung der Kolonien und ihrer Werte ist die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Europa. Dann wird sich ein vermehrtes Interesse für unsere Kolonien bemerkbar machen, und die Möglichkeit eines kolonialen Zuwachses scheint uns dann gegeben. Verhandlungen nach dieser Richtung sind schwierig.

Warum wird von kompetenter Seite nicht über solche Verhandlungen berichtet? Man sieht hieran wieder, wie hinter den Kulissen gearbeitet wird.

Schweinerei! In der militärischen liberalen Presse regte sich dieser Tage heftiger Unmut gegen den Oberst und Flügeladjutanten Freiherrn v. Soden, der bei einem Eisenbahnunfall gegen die Unterbringung von Passagieren in seinem Abteil erster Klasse protestiert und einem Welsung erstattenden Burschen zugerufen hatte: "Warten Sie erst, bis die Schweinerei da heraus ist."

Die militärische liberale Presse hält es demgegenüber für ihre Pflicht, in mähsamer Form daran zu erinnern, dass die Bezeichnung des bürgerlichen Publikums als "Schweinerei" nicht ohne weiteres zutreffe und in gewissem Sinne sogar als kränkend empfunden werden dürfte. Die Antwort auf diese beschiedenen Vorhaltungen bringt die leichte Nummer des "Militär-Wochenblatts": Der Oberst und diensttuende Flügeladjutant des Kaisers ist unter Belassung in dem Verhältnis eines Flügeladjutanten mit der Führung der vierten Garde-Kavallerie beauftragt worden.

Den Angriffen der liberalen Presse folgt mit sichtbarer Beleidigung die Erförderung des Angegriffenen. Man scheint sogar besonderes Gewicht darauf gelegt zu haben, dass freudige Ereignisse noch vor dem Beginn der Beratung der neuen Militärvorlage im Reichstag zur allgemeinen Kenntnis bringen. Den Liberalen wird dadurch erwünschte Gelegenheit gegeben, zu zeigen, dass sie sich in politischer Weise für die neuen Militärvorlagen nicht so peinlichen Zwischenfällen befreien lassen. Eine tüchtige Ohrfeige, zur rechten Zeit ausgeteilt, rüttet sogar belebend auf den parlamentarisch-militärischen Dienstleister.

Ihnen geschieht ganz recht! Denn jeder verdient die Beleidigung, die er sich ohne Not gefallen lässt!

Untersuchung gegen Schutztruppenoffiziere. Bei der zweiten Lesung des Kolonialtales sind im Reichstage Untersuchungen gewünscht worden, die sich auf das Verhältnis des Offizierkorps der Schutztruppe zu dem früheren Gouverneur Freiherrn v. Reichenberg beziehen sollten. Nach einer Meldung der "Post" hat sich der Staatssekretär Dr. Solf veranlasst gelehnt, gegen mehrere Offiziere der Schutztruppe die Deutsch-Ostafrika eine kriegsgerichtliche Untersuchung in die Wege zu leiten, deren Vorarbeiten dem Kommando der Schutztruppen in Berlin übertragen sind. Einige Vernehmungen haben bereits stattgefunden; weitere Erhebungen, auch im Schutzgebiet, sollen folgen.

Ein neuer deutsch-französischer Zwischenfall. Ein Automobil, in dem sich verschiedene deutsche Staatsangehörige

befanden, die die Schlachtfelder von Gravelotte bestiegen hatten, überfuhr durch einen Irrtum des Chauffeurs die französische Grenze und traf in Doncourt, einem französischen Dorfe unweit der Grenze, ein. Hollbeamte verhinderten die Weiterfahrt des Automobils und legten die Gendarmerie von dem Vorfall in Kenntnis, die sämtliche Personen, nachdem sie vernommen waren, vorläufig verhaftete. Unter den Reisenden befand sich auch der Mustermester des 16. Pionier-Regiments in Uniform.

Der Geburtenrückgang in Baden ist so stark, dass nach den amtlichen, jetzt erst vorliegenden Feststellungen für das Jahr 1911 man seit hundert Jahren keine so niedrige Geburtenziffer zu verzeichnen hatte. Im Jahre 1815 wurden 200 Tausend der badischen Bevölkerung 28 Kinder geboren; genau so viel ebenfalls im Jahre 1911. Ein Jahr vorher zählte die Statistik noch 30 geborene Kinder pro tausend Einwohner. Die verschlechterten Lebensbedingungen und die steigende Bevölkerung machen sich mit mathematischer Sicherheit bemerkbar. Da helfen alle Belehrungen, die man neuerdings in Baden anwendet, nichts.

Schul-Bahnlinie. In Chemnitz haben Rat und Stadtverordnete die Errichtung einer Schul-Bahnlinie beschlossen. Für die Behandlung während eines ganzen Jahres hat das zahnkranke Kind 1 Mark zu zahlen. Die erste Schul-Bahnlinie entstand im Jahre 1902 in Straßburg im Elsaß; bis 1911 waren im deutschen Reich bereits 82 solcher Anstalten eingeführt.

Ausland.

Die Lage in Portugal.

Die Niederlage der Monarchisten im vorigen Sommer, schreibt Genosse Mutschler der "Humanität", und die freundliche Haltung Brasiliens zeigten, dass die Republik nicht mehr gefährdet ist. Doch so kein Konflikt mehr mit den Monarchisten so wächst täglich der Gegensatz zwischen den verschiedenen republikanischen Gruppen. Die Revolution vom Oktober 1910 hatte in Brasilien keinen politischen Charakter. Sie war die Folge eines Systems, das auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete alles verwahrlost und den Aufstieg des Landes ein halbes Jahrhundert aufgehalten hatte. Heute gibt es eine schwere geistige Krise, die alle Freunde des Fortschritts mit Recht beunruhigt. Das Parlament hat seine Unfähigkeit bewiesen, indem es sich monatelang mit leeren Diskussionen abgab und, nicht anders als die Parlamente der Monarchie, die Wirtschafts-, Finanz-, Kolonial- und Erziehungsfragen befasste ließ. Zum Glück entwickelte sich die sozialistische Partei mehr und mehr. Wir hoffen, dass die Arbeiter bei den nächsten Wahlen mehrere Genossen in die Kammer senden werden. Die Arbeiterklasse macht jetzt eine sehr schwere Krise durch. Darum verdient der Feldzug der Gewerkschaften in der Brustzeit die Sympathie der ganzen öffentlichen Meinung. Trotzdem Portugal ein Agrarstaat ist, steht der Brotpreis sehr hoch infolge einer Steuer, die auf dem Getreide lastet und von dem Volke als Hungertaxe bezeichnet wird. Außerdem sind fast alle wichtigsten Bedarfsgegenstände monopolisiert. — Auch in der für Portugal so wichtigen Frage der Kolonien zeigt die Regierung keine größere Energie zur Reform. Der fehlende Gouverneur von Mozambique (Südostafrika), Alfredo de Magalhães, hat in einem Vortrag über das Kolonialsystem, auf Schriftstücke gestützt, scharfe Kritik geübt und die Haltung des Kolonialministers und seiner hohen Beamten geschildert. Das hat die Regierung zu raschem Eingreifen veranlaßt, sie hat Magalhães sofort abgezogen. Da dieser eine der angesehenen Personen der demokratischen Regierungspartei ist, hat dieser Vorgang großes Aufsehen im ganzen Lande erregt.

Kinderausbeutung in Österreich. Traurige Bilder entrollte die im Arbeitsstatistischen Amt vorgenommene Erhebung über die Zustände im Posamentiergewerbe. Es handelt sich um die Frage, ob dieses Gewerbe dem Verhältnis stehenden Heimatverbunds unterstellt werden soll, die übrigens von Arbeitern und Unternehmern einstimmig befürwortet wurde. In Wien werden 1900 bis 1900 Personen mit Frankentrupperei beschäftigt, wobei sie in 12 bis 16 Stunden 1 Krone (80 Pf.) verdienen! Noch weitaus furchtbarer waren die Dinge, die aus dem böhmischen Erzgebirge berichtet wurden. Dort werden Kinder von sechs bis sieben Jahren mittags in der Schulpausen und wieder nach der Schule oder den ganzen Nachmittag bis 7 und 8 Uhr abends vertrieben und verdienten bis 80 Heller (80 Pf.) täglich! Ein Unternehmer wagte gar zu sagen, die Arbeit sei für die Kinder ein Vergnügen! Wogegen die Arbeiter feststellen, dass sie monatlich mit der Rute zur Arbeit gezwungen würden. Auch litten die Jungen unter der Arbeit bei Nacht. Sogar Kinder von zwei und drei Jahren würden verwendet. Ursache seien die schlechten Arbeitserlöse und die hohen Lebensmittelpreise. — Ein Unternehmer führte übrigens zur Entschuldigung an, in den anstrengenden Zeiten seien die Gebiete würdig, in denen das Kinderschutzgesetz Kinder ebenso beschäftigt!

Ein Innertreib gegen die Arbeiter. Die den ungarnischen Reichstag beherrschende Schwindelmehrheit nutzt die ihr noch zur Verfügung stehende Zeitpanne aus, um das Großgrundbesitzertum, das ohnehin das Volk ausplündert, weiter auf Kosten der Arbeiter zu begünstigen. Im Jahre 1907 wurde von der Koalitionsregierung ein Central-Versicherungsfonds geschaffen, der unter staatlicher Aufsicht Unfall- und Krankheitsunterstützung gewährt. Der Höchstbetrag ist 60 Prozent des Lohnes. Die Bergarbeiter waren ausgeschlossen. Für die Landarbeiter wurde ein besonderer Fonds errichtet, dessen Höchstleistung jedoch nur 20 Prozent des Lohnes beträgt. (Bei uns wird bekanntlich dasselbe Ziel durch weitaus zu niedrige Unrechnung des Verdienstes der Landarbeiter erreicht.) Nun wurde es streitig, ob die auf dem Lande tätigen gewerblichen Arbeiter: Bauarbeiter, Maschinen, u. a., Anspruch auf die höhere oder die niedrige Landarbeiterrente haben. Diese Arbeiter fordern, als gelehrte Arbeiter, die Renten aus dem Central-Versicherungsfonds. Der Präsident Lisicki, selbst ein großer Grundbesitzer, hat nun die herrschende Verwirrung benutzt, um von seinen Spiekhäusern im Reichstag an einem einzigen Tag ein Gesetz durchzutragen zu lassen, das für alle diese Arbeiter, über 100.000, die Zugänglichkeit zum Landarbeiterfond ausspricht. Da an der Zustimmung des Herrenhauses („Magnatenfamilie“), in dem die allergrößten weltlichen und geistlichen Grundbesitzer sitzen, nicht zu zweifeln ist, so ist diese Rechtsfrage auf einfachste Weise zum Schaden der beteiligten Arbeiter entschieden. Ganz umsonst werden freilich die unersättlichen Herren dieses verhältnismäßig kleinen Stückchen Arbeiterausplündering nicht erhalten. Die Bewegung dieser Arbeiter wird dadurch an Kraft gewinnen und vielleicht auch einen Teil der schon seither „von Rechts wegen“ wesentlich schlimmer gestellten Landarbeiter in ihren Bereich ziehen.

Ein Wahlfest in Serajewo. Die Krankenlizenzen in der bosnischen Hauptstadt brachte ein Bündnis aller wohlgeinnten Parteien ohne Unterschied der Religion oder Nation. Christliche, jüdische und moslemische Geistliche gingen Hand in Hand mit der Regierung, um den Sieg der guten Sache zu sichern. Das Ergebnis? Sieg der Sozialdemokratie mit 1897 gegen 271 Stimmen, also über hundertstimlmehrheit. Bedenkt man den Einfluss der Kirchen in jenen Gebieten und die allgemeine Missständigkeit, so muss man vor der Einsicht und Standhaftigkeit der Arbeiter von Serajewo alle Hochachtung haben.

Reine Taten der Suffragetten. Aus allen Teilen Englands laufen Berichte vom Nachfeldzug der Suffragetten an. Die bestimmen die Waffenbereitschaft der Stadtpolizei in New-

castle. In Liverpool und Glasgow richtete sich ihre Wut gegen Breitwalter und Fensterläden. In Wales wurden mehrere Drahtleitungen von ihnen durchschnitten.

Die Blutopfer aus dem italienisch-türkischen Felde. Die letzten und endgültigen Zahlen aus dem italienisch-türkischen Felde gelangen jetzt in Rom zur Veröffentlichung. Die Totenliste enthält 92 Offiziere und 18.091 Soldaten.

Amerikanisch-japanische Neubungen. Man meldet den Ausbruch neuer Agitationen gegen die Japaner, besonders an der Küste des Stillen Oceans. Den Japanern soll das Recht abgesprochen werden, Landeigentum in Kalifornien zu erwerben. Am Sonnabend hatte der japanische Botschafter eine Unterredung mit Bryan. Es ist möglich, dass Wilson versuchen wird, auf den Staat Kalifornien einzutreten. Man sieht die Lage als höchst ernst an. Japanischerseits wird hervorgehoben, dass das kalifornische Gesetz gegen alle Vertragsrechte sei.

Aus Oberschlesien.

Die genossenschaftlichen Handwerker.

In oberschlesischen Handwerkerkreisen war man bei Eintritt in die Landtagswahlbewegung der Meinung, dass die berechtigten Wünsche der Handwerker bei Vergabe der Landtagsmandaturen durch das Zentrum wahrgenommen werden würden. Angeblich wurden auch vom Zentrum einige Wahlkreise bezeichnet, in denen Aussicht auf Erringung eines Mandates vorhanden war. Die verschiedenen Versuche, einen Mittelständler zur Übernahme der Kandidatur zu wählen, scheiterten. Die Kandidaten, welche die Mittelständler wählen, werden, geschickt sein und jetzt, wo sie endlich einen Kandidaten gefunden haben, ist kein Wahlkreis mehr für die Mittelständler frei.

Wenn das Zentrum die feste Absicht hätte, den Mittelständler ein Mandat zugeschanzen, dann würde ihm das wirklich nicht schwer fallen. Aber die Absicht scheint gar nicht einmal vorzuhaben. Geistliche, Gruben- und Glütenmagnaten schmeißen ihm bevorzugter das Volk zu vertreten, als die Mittelständler.

Oppeln, 7. April. Gas-Explosion. Am Donnerstag entstand in einem Hause auf der Ludwigstraße eine Gasexplosion in der noch leerstehenden Wohnung eines nach hier verseherten Oberlehrers. Dabei wurden drei Personen verletzt. Die Frau des Oberlehrers erlitt einen Schädelbeinbruch, zwei Töchter erlitten Verletzungen an Kopf und Händen. Die Ursache der Explosion ist noch nicht genau ermittelt, doch glaubt man, dass der Monteur, der am Abend vorher die Gasleitung verändert hatte, vergessen hat, einen Gashahn zu drehen. Der Schaden ist bedeutend.

Beuthen, 7. April. Im Beuthen-Prozess, der seit Mittwoch vorher Woche vor der hiesigen Strafkammer ansteht, ist das Urteil erst am Ende der Woche zu erwarten.

Röntghölle, 7. April. Schwer verbrannt und zerstört ist das sechzehnte Jahr eine Tochter des Arbeiters Schmitt von der Charlottenstraße 55 hier. Die Kleider des Kindes wurden beim Spielen von einem anderen kleinen Mädchen, das dabei Streichhölzer anzündete, in Brand gesetzt. Hierbei erlitt die Tochter schwere Brandwunden, die sie starb.

Neustadt O.S., 7. April. Vom Stadtpalais. In der letzten Sitzung gelangte ein Schreiben des Eisenbahoministers zur Verlehung, wonach als künftiger Sitz des jetzt in Matthor befindlichen Eisenbahnbetriebsamtes 2 die Stadt Leobschütz gewählt wurde. Damit ist der von Neustadt zum Ausdruck gebrachte Wunsch — die Verlegung nach hier — daneben geraten. Nach Regelung verschiedener Fluchtlinienpläne, Vergabe einer Lieferung, dem Bericht über die stattgefundenen Revisionen der Kämmerer- und Sparassen, der definitiven Anstellung des Stadtbauamts Döring und des Waldmästers Kunze erfolgte die Verabredung über den Ankauf des Arnoldsdorfer Forsten.

Nach langer Debatte wurde der Ankauf für den Preis von 120.000 M. der 1800 Morgen großen Fläche beschlossen. Die Forsten sollen derart ausgebaut sein, dass ein Nutzen für die Stadtgemeinde erst in 40, 60—80 Jahren in Aussicht steht. Zu einer Debatte, in der von Veterinärwirtschaft usw. die Rede war, kam es noch einmal bei der Beratung über die rohre des Krankenhausbaues zu bezeichnende Stelle eines jüngeren Technikers. Die letzte Stadtbauordnungs-Versammlung hatte dafür 200 Mark monatlich ausgeworfen. Jetzt hat sich für diese Stelle der Sohn eines hiesigen Stadtrats beworben, der aber nur 120 Mark monatlich beansprucht. Der Bürgermeister war für die billige, der Regierungs-Baumeister für die teure und kleinere Meinung nach auch bessere Kraft. In der Abstimmung trug schließlich der Stadtrat und Lohndrücker den Sieg davon.

Steinitz, 7. April. Die Dummen werden nicht alle. Unter der Anklage des Betruges hatte sich die Grubenarbeiterfrau Pauline Röder, geb. Krüger, aus Bahrze-Nord vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Diese Frau verstand es, sich in den Kreisen derer, die nie alle werden, in den Ruf einer klugen und weisen Frau auf dem Gebiete der Gesundheitspflege ihrer „dumm“ Menschen zu setzen. Für ganz gewöhnliche Haushalte, die sie in Drogengeschäften und Apotheken für niedrige Preise einkauft, nahm sie ganz bedeutende Beträäge, wofür sie sich auch recht gut bezahlen ließ, namentlich in Prozess-, Erbbauchs- und Heiratsangelegenheiten. Das Gericht erachtete die Angeklagte des Vertrages in einer Anzahl von Fällen für überführt und verurteilte sie unter Zubüßung mildender Umstände zu acht Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe.

Briefkasten.

Sprechstunden bei Redaktion Wochentags nur v. 19—21 Uhr Mittwoch.

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

Gr. 1. Ein besonderer Verein für diesen Zweck ist uns nicht bekannt. 2. Ja, die Armenverwaltung auf dem Ritterplatz kann um Unterstützung ersucht werden.

Gr. 2. 1. Wenn sich niemand des Kindes annimmt, muss die Gemeinde sorgen. 2. Nein, das ist kein Schiedsgericht. Ihre Frau hätte eine angemessene Aussteuer bekommen müssen; sie soll den Vater nachträglich darum bitten.

Gr. 3. Tiergartenstraße. Sie müssen die Kündigung annehmen und rechtzeitig ausziehen. Es war zwecklos, den eingeschriebenen Kündigungsbrief zurückzuwerfen.

Gr. 4. Dieser Mann hat sich nach § 162 des Straf-Gesetzes (Verführung einer minderjährigen) strafbar gemacht. Es kann auf Gefängnis bis zu einem Jahre erlaunt werden. Die Verfolgung trifft nur auf Antrag der Eltern oder des Vormundes der Verführten ein.

Aus der Geschäftswelt.

Berliner Pferde-Slotterie. In der am 4. und 5. April beendetenziehung sind folgende Gewinne gezogen worden: 6000 M. fielen auf 14.505, 4000 auf 116.884, 5000 auf 28.708, 2000 auf 2320, 147.174 414, 1600 auf 38.991, 75.819, 10.000 auf 11.862, 1000 auf

Stadt-Theater

Montag 7½ Uhr:
"Fatinus".
Dienstag, Abend 7 Uhr:
Wagnerzyklus, 4. Vorstellung:
"Erlkönig und Todsöhn".
Mittwoch 7½ Uhr:
"ermächtigte Opernpreise".
"Mignon".

Lobe-Theater

Montag 7½ Uhr:
"Schoneva".
Dienstag 7½ Uhr:
"Die Frau Präsidentin".
Mittwoch 7½ Uhr:
Gymnastisches Gespiel
Maria Mayer:
"Magdalena".

Thalia-Theater

Mittwoch: Humboldt-Verein,
Abonnement-Vorstellung, Graue Karton.
"Der Bank"
der Fabrikerinnen".
Donnerstag, Gruppe II, 5. Vorstellung:
"Das Buch einer Frau".

Schauspielhaus

Montag 7½ Uhr:
Erstes Leo Slezak:
"Der Prophet".
Dienstag 8 Uhr:
Unter Leitung des Komponisten
Zum 100. Mal:
"Der liebe Augustin".
Mittwoch 8 Uhr:
"Graf".
Donnerstag 7½ Uhr:
Zweites Leo Slezak:
"Die Augenotter".
Samstag 7½ Uhr:
"Die Jüdin".

Leibich's Etablissement.
Allabendlich 8 Uhr:
Das phänomenale Preis-Programm.
"Sera", der Wunderpavanei.
Sonntag, 13. April, 4 Uhr:
Rathen.-Vorstellung (H. Dreyf.).

Viktoria-Theater.
Belvedere-Ensemble, Dresden
Hier ist's Vergnügen!
Anfang 8 Uhr. Vorausgängig! [380]

Zeltgarten.

Damen - Ringkampf
12 Ringerinnen und das glänzende
Spezialitäten-Programm.
Montag 8 Uhr, Sonntags 10 Uhr.

Zeltgarten-Tunnel.
= Frei-Kino =
Frei-Doppel-Konzert
Die Juxbrüder, Schrammeltrio
Anzio, ital. Tenor.

Schauspielhaus

Vier Abonnements-Vorstellungen zu halben
Preisen.

Montag, den 14. April, abends 8 Uhr:
Der Frauenfresser.

Montag, den 21. April, abends 8 Uhr:
Die Münsterweiber. Die Marine-Gäste.

Preise für obige 4 Vorstellungen (einschließlich Garderoben-
gebühre und Kartentaxe): 418

I. Rang-Zoje, Prendenloge 10.80 II. Rang, 3. bis 6. Reihe 3.—

I. Rang, Ehrengesell 7.20 II. Rang, 7., 8., 9. Reihe, Mitte 2.—

Vorzug 6.— II. Rang-Zoje 2.—

II. Rang, 1., 2., 3. Reihe 4.— II. Rang-Galerie 1.20

Die Ausgabe erfolgt Dienstag, den 8. April, von 4—8 Uhr, an der Kasse des Schau-
spielhauses und wird in den nächsten Tagen in den üblichen Kassenhunden fertiggestellt.



Circus Busch

Louisenplatz 1a, 324 Breslau

Heute
Montag, d. 7. April 1913
abends 7½ Uhr:

Große
Vorstellung:

Mac Norton

das Phänomen des Magentrainings,
genannt: Das menschliche Aquarium.

Verschlingt

20 lebende Goldfische und
20 Frösche trinkt hierzu
50—100 Glas Bier.

Med. Delia del'Or's Dressur-Akt

5 dressierte Kühe

sowie das glänzende

Eröffnungs-Programm.

Preise der Plätze inkl. Billett-
steuer: Premium 5.40 M.,
Loge 4.50 M., Parkett 2.65 M.,
Triebüne 2.65 M., Mittelhaken
2.40 M., Seitenbalcon 2.15 M.,
Erster Platz 1.65 M., Zweiter
Platz 1.05 M., Galerie 55 Pf.
Billett-Vorverkauf Kassen-
preisen im Zigarrengeschäft
von Gust. Ad. Schleiß (Teleph.
Nr. 2219) jetzt Schweidnitzer-
strasse 2, Ecke Carlsstrasse,
bei Gebr. Barasch, Theater-
kasse (Telephon 413) und an
der Circuskasse. — Die Circus-
kasse (Teleph. 3524) ist täglich
vom 11 Uhr ab geöffnet. Billets
zum Nachmittags-Vorstellung
nur an der Circuskasse. 1573

Berghammlungen und Vereine.

Dienstag, den 8. April,
Sektionäre des Konsumvereins "Verwärts". Abends
8 Uhr im Gewerbeschiffhaus.

Ober. Wahlverein. Montag abend 8 Uhr im besuchten
Saal.
Janet. Gewerbeschiffhaus. Montag abend 8 Uhr.

Festtagungen der Böhmischen Markt-Ritterung, 2. Sonntag.
Montag, den 8. April.

Beispiel, weiter
Siegeln gelöst 19.13 15.29 18.19 17.21 17.19 16.60
Siegeln 19 15.10 18 17.20 17 16.70
Siegeln 15.50 15.29 15.20 14.79 14.60 14.70
Siegeln 16.62 15.30 15.43 14.59
Siegeln 15.23 15.50 14.58 14 13.81 13.90
Siegeln 15.44 15.16 14 14.79 14.69 14.70
Siegeln 25 24 23 22 21 20
Siegeln 21 21 20 19 18 17.50
Gesamt der 100 Stk. 6.60—7.16 M.
Gesamt der 100 Stk. 4.50—5.20 M.
Gesamt der 100 Stk. 3.50—4.00 M.
Gesamt der 100 Stk. 2.50—3.00 M.
Gesamt der 100 Stk. 1.50—2.00 M.
Gesamt der 100 Stk. 1.00—1.50 M.
Gesamt der 100 Stk. 0.50—1.00 M.
Gesamt der 100 Stk. 0.20—0.50 M.
Gesamt der 100 Stk. 0.10—0.20 M.
Gesamt der 100 Stk. 0.05—0.10 M.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
7.4.1913 0.75	7.13.0.123.82	1.23.4.14.2.06.0.9	10.62.1.54	1.60.10.31		
8.4.1913 0.56	7.12.0.0.9.118.1.59	1.12.1.0.1.0.73.1.94	1.44.10.48.1.36			
9.4.1913 0.56	7.12.0.0.82.463.0.71	1.07.1.2.381.68.1.56.5.06	0.14.11.68.0.45			
10.4.1913 0.56	7.12.0.0.82.463.0.71	1.07.1.2.381.68.1.56.5.06	0.14.11.68.0.45			

Die Gleichheit

(Gleichheitszeitung.)

Seit 10 Pfennige.

10 Pfennige.

Vier Abonnements-Vorstellungen zu halben

Preisen.

Montag, den 14. April, abends 8 Uhr:

Der Frauenfresser.

Montag, den 21. April, abends 8 Uhr:

Die Münsterweiber. Die Marine-Gäste.

Preise für obige 4 Vorstellungen (einschließlich Garderoben-
gebühre und Kartentaxe): 418

I. Rang-Zoje, Prendenloge 10.80 II. Rang, 3. bis 6. Reihe 3.—

I. Rang, Ehrengesell 7.20 II. Rang, 7., 8., 9. Reihe, Mitte 2.—

Vorzug 6.— II. Rang-Zoje 2.—

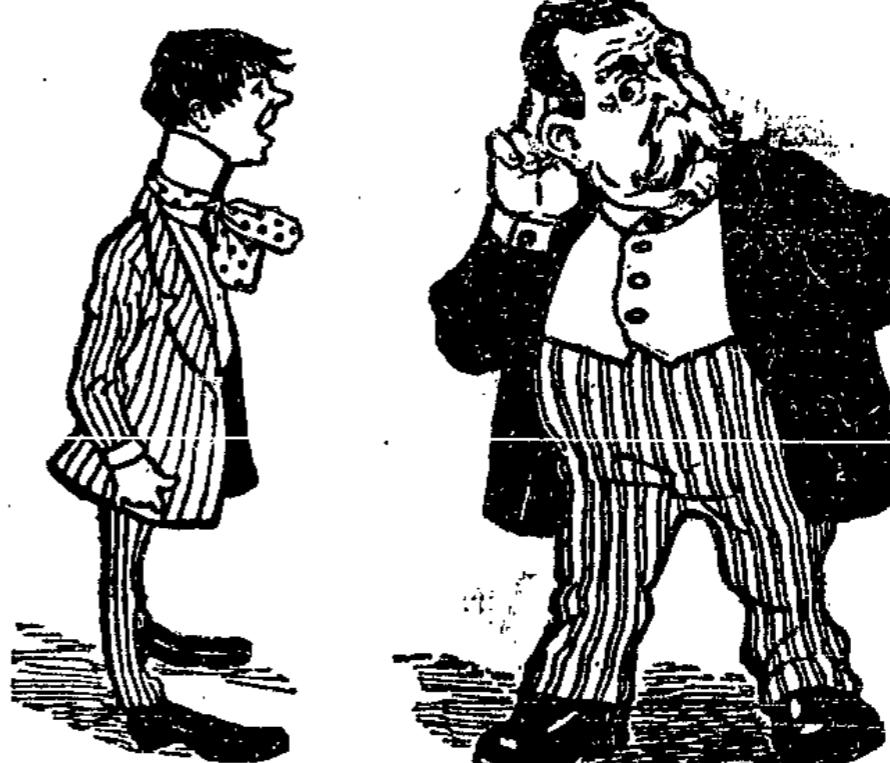
II. Rang, 1., 2., 3. Reihe 4.— II. Rang-Galerie 1.20

Die Ausgabe erfolgt Dienstag, den 8. April, von 4—8 Uhr, an der Kasse des Schau-
spielhauses und wird in den nächsten Tagen in den üblichen Kassenhunden fertiggestellt.

Ich verstehe nicht

wie Sie
bislang

ohne
Eckstein-
Cigaretten
ausgekommen
sind.



Ecksteins Nr. 5-Cigaretten

von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden.

Lieferanten der Königl.
Italien. Tabakregie.
(2200 Arbeiter)

10 Stück 25 Pf.

Vertreter: Fritz Hielscher, Breslau IX,
Hedwigstrasse 68. — Tel. 6603.

11380/2

Billigt! Damen Hüte Billigt!

Billigte Umarbeitung getragener Hüte im Putzgeschäft Brammer, Herdastr. 40. [11040]



Traugott Tamme: „Im Föhn“.

Erzählung.

Preis 15 Pf.

Zu beziehen durch die Expedition.

Was muß der Arbeiter von der Invaliden-
u. Hinterbliebenenversicherung wissen?

Ein Ratgeber von Eduard Gräß. — Preis 10 Pf.

Was muß der Arbeiter von der Unfall-
versicherung wissen?

Ein Ratgeber von Johannes Heiden. — Preis 10 Pf.

Was muß der Arbeiter von der Kranken-
versicherung wissen?

Ein Ratgeber von Johannes Heiden. — Preis 10 Pf.

Kurz und klar geben die drei Broschüren Aus-
kunft über diese Teile der Reichsversicherungs-
ordnung. — Jeder Arbeiter sollte sich dieselben
zulegen.

Zu beziehen durch
die Expedition und die Kolportenre.

Wir empfehlen:

Die Französische Revolution in Wort u. Bild.

Interessanter Text — 250 meist ganzseitige Abbildungen

nur 3.00 Mark.

Zu beziehen durch die Expedition und die Kolportenre.

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte
10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Gutschein
5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der
Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf
Großer Sportliegewagen, G.R., kostet
1000 Mark. Verkauf Schwerstr. 4, 4. Etg. 626

Gitarrenmacher billig zu verkaufen
Schwarzer Markt, 1. Etg. 427

Gitarrenverkauf von Geigen und Zieh-
harmonicas zu Engrospreisen bei Gre-
thäuserstr. 9, II. Versand gegen
Rücknahme. 70

Gitarrenverkauf gut erhalten, als Liefer-
wagen zu verkaufen Schwanenstr. 14. 423

Ein Sportliegewagen (G.R.) verkaufen zu verkaufen Schwarz, Berliner-
Kreis, Pfeilwegstr. 12. 421 preis 88. 424

Abonnenten und Leser der "Volkswacht" können
ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und
die Ausübung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie
unterstützen die "Volkswacht" auch dadurch, daß sie bei ihren
Einkäufen die Inseraten der "Volkswacht" berücksichtigen und
sich bei ihren Stelläufen auf die "Volkswacht" befreuen.

Durch alles dies wird die "Volkswacht" aktiv unterstützt.

Nur für unsere Abonnenten!

Wie sind in der angenehmen Lage, unseren Abonnenten
eine Neuauflage des rühmlichsten Buches:

Heinrich Driesmans

Der Mensch der Urzeit

Runde über Lebensweise, Sprache und Kultur des vor-
geschichtlichen Menschen in Europa und Asien

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. April.

Gegen die Kriegshasser und Rüstungstreiber

wandte sich am Sonntag mit aller Schärfe eine große Versammlung im Gewerkschaftshause. Mehr als 2000 Männer und Frauen füllten die weiten Räume unseres neuen Heims und folgten mit gespannter Aufmerksamkeit der mächtigen Rede unseres Genossen Verenstein, der das verbrecherische Treiben der Kriegshasser und Rüstungstreiber gebührend an den Pranger stellte. Stürmischer Beifall ertönte jedesmal, wenn Genosse Verenstein die Friedensliebe des schaffenden Volkes betonte und das ernste Bestreben der Sozialdemokratie, allen Ländern den Frieden und damit die Wohlfahrt dauernd zu erhalten. Die Versammlung endete mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie. Aus der längeren Rede des Genossen Verenstein sei folgendes hervorgehoben:

Nachdem der deutsche Reichstag das Heer 1911 um 11.000 Mann und 1912 um 38.000 Mann vermehrt hat, was in den nächsten Jahren 870.000 Millionen Mark kostet, haben wir jetzt eine Heeresvorlage bekommen, die mehr als 1 Milliarde verlangt. Noch nie, seitdem wir das Deutsche Reich haben, ist uns eine soartige Militärvorlage beidertheil worden. Weht sie durch, so haben wir nicht überlebt kann. Seit der Gründung des Deutschen Reichs hat sich die Bevölkerung um 65 Prozent vermehrt, die Militäraufgaben aber sind seit jener Zeit um 100 Prozent gestiegen. Von 670 Mark sind die Kosten eines Soldaten auf 2000 Mark gestiegen.

Weshalb die große Vermehrung? Bloßes Übermaut ist es nicht, das muß ich eingestehen. Die Nachwirkungen der Finanzvorlagen von 1909 machen sich darin bemerkbar. Durch die Erneuerung aus dem Balkan, so heißt es dann in der Begründung der Heeresvorlage, haben sich die Machtverhältnisse verschoben. Diese Neuanordnung wir jedoch nicht annehmen. Wenn die Verhältnisse auf dem Balkan zurückwirken, so liegt das an der sogenannten Politik des Treibhabes, die wir hier nicht billigen können. Zu welchen Mitteln diese Sonderbundspolitik führt, das haben wir an Italien und seinem Anhänger gegen die Türkei und Tripolis gesehen und weiter am Balkankriege. Man hatte in Deutschland bisher die Türkei immer pouSSIERT gegen England. Als die Türken aber sahen, daß sie von Deutschland schon bei Tripolis im Stiche gelassen wurden, so dachten sie anders und jetzt noch viel mehr; sie füllten sich von Deutschland verraten. Am Grunde handelt es sich um das Recht der Entwicklung der Balkanstaaten, der wie nicht im Wege stehen sollten. Die Völker, die den Balkan bewohnen, müssten auch die Herren des Landes sein. Wir haben jedoch ein Interesse daran, mit den Balkanvölkern in Frieden zu leben und nicht ständig einzuziehen, wie es Österreich tut. Ich bin der lezte, der für die Autunien ein Wort eingelegt möchte, aber man auch gerecht und logisch sein. Wie können es ihnen nicht verdanken, daß sie Partei nehmen für die Südländer. Sie sind leider durch die Solidarität mit Österreich in größere Gegenseite zu den Slawen getrieben, als sie vielleicht da sind. Wer hat Russland stief gemacht, ihm geholfen, die Revolution niederzuschlagen und ihm Geld geborgt? Das waren die Regierenden selbst gewesen.

Zu einer Schrift des Wehrvereins heißt es: Wer die Wehrvorlage nicht bewilligt, ist ein Vaterlandsfeind. (Heiterkeit.) Bedroht sind wir aber von niemandem, so lange wie eine vernünftige Politik treiben. Die Völker sind nicht für Kriegerkriege. Was kann aus z. B. Russland nehmen? An uns allein liegt es, Ruhe und Frieden zu erhalten. Und dagegen müssen wir mit aller Macht protestieren, uns in einen Krieg verwandeln zu lassen. (Sehr richtig.) Es liegt uns fern, unser Volk wehrlos zu machen, es muss sich bereitstellen können. Deshalb verlegen wir ja die Erziehung des ganzen Volkes zur Wehrhaftigkeit. Aber nicht das ist die Frage, sondern das Wie. Da kommen wir auch wieder auf die Jahrhundertfeier, auf das Jahr 1813 und seine Landesherr, die frei war von den Militärgesetzen, und einzig eine Wehr des Volkes. Statt dieser Gedanken auszubauen und darauf das Heer zu gründen, ist man umgedreht vorgegangen. Man hat die alte Landeswehr ganz ausgemerzt. Im Jahre 1861 kämpften die Liberalen leidenschaftlich gegen die neue Heeresorganisation und 1863 beteiligte sich das Bürgertum nicht an den Feiern für 1813. Heute sind die Liberalen militärisch; es soll alles so bleiben wie es ist. Gewiß, schlagfertig soll ein Heer bleiben, aber man soll auch bedenken, daß bei uns die Schlagfertigkeit verbunden ist mit einer langen Dienstzeit und einer halbhandbaren Verfassung. Wie

sind nicht einmal so weit wie in Frankreich, wo jeder Soldat den Marschstab im Tornister trägt. Dass ein Heer schlagfertig sein kann ohne lange Dienstjahre, davon spricht man nicht im Bürgertum, das betonen nur wir allein. Als Capri seinerzeit die Heeresvorlage vorlegte, brachte er noch die Verkürzung der Dienstzeit, und andere Länder kommen mit noch kürzerer als zweijähriger Dienstzeit aus. Heute hört man aber bei uns davon rein gar nichts mehr.

Wir wollen dem Volke ein wirtliches Vaterland schaffen und den Missbrauch beseitigen, der heut mit dem Vaterland getrieben wird. Gegen diesen Missbrauch haben sich ja auch unsere großen Denker und Dichter gewendet: Schiller, Goethe, Hebbel usw. Sie haben das Vaterland nicht gegen die Menschheit gelegt. Wir wollen nicht hassen auf Kommando. Wenn es nach unseren Patrioten gegangen wäre, dann hätten wir vor zwei Jahren die Engländer ausspielen müssen. (Heiterkeit.) Heute dürfen wir sie wieder lieben. (Heiterkeit.) Es gab auch einmal eine Zeit, wo wir für Russland schwärmen sollten. Man tut ja, als wenn wie von Freunden umringt wären. Nichts davon ist wahr. Sicherlich, wir haben nicht viel Freunde in der Welt; doch das kommt daher, weil wir's nicht verstanden haben, uns Freunde zu erwerben. (Sehr richtig.) Es herrscht ein gewisser Prozentsatz, der uns Freunde verharrt. Unsere ganze Politik ist darauf gerichtet, uns eher Feinde zu schaffen als Freunde. Deutsche Kunst und Wissenschaft sind in der ganzen Welt anerkannt, unsere Rüstungen aber verhindern uns keine Freunde. Das könnte sich unsere Regierung auch sagen, wenn wir so tun könnten, daß Frankreich besonders nachfolgen würde. Nur keinen glücklicherweise unsere französischen Freunde in großer Weise das Beste, um die neuen Rüstungen zu verhindern und die Völke zur Einigung zu bringen. Und heute deutet schon darüber niemand mehr an die dreijährige Dienstzeit.

Die Kosten der neuen Heeresvorlagen sind ganz gewaltig, trotzdem steht schon der Militärat auf die zweite Milliarde heranreicht. Zur Deckung der ungeheuren Kosten bringt man eine Vorlage ein, die voller Ungerechtigkeiten ist. Bei Vermögen von 10.000 Mark will man mit der Steuer anfangen. Das kann z. B. bei einer Witwe, die sonst kein Einkommen hat, eine schwere Last bedeuten. Es wird ein halber Prozent Steuer verlangt und zwar bei 10.000 Mark wie auch beim Millionär. Es muß doch gestaffelt werden. (Sehr richtig.) In England hat man eine Einkommenssteuer, die viel einbringt, aber sie beginnt erst bei 3200 Mark Jahreserlösen. (Anerkennung.) Bei uns müssen Einkommen von 900 Mark besteuert werden, obwohl 1200 Mark heut ja viel bedeuten, wie 900 Mark vor der Finanzreform. (Sehr richtig.) Seitdem wir immer mehr Soldaten haben, greift das Reich in die Einkommensquellen der Staaten und Gemeinden ein, trotzdem gerade die Gemeinden große Aufgaben zu erfüllen haben. Man nimmt, wo man etwas findet. Das Reich, getrieben vom Moloch Militarismus, reißt den Gemeinden alles weg, was zur Verbesserung des Lebens führt, zum Nachschreien des Ausfalls führt, der ein Tribut ist der schaffenden Arbeit an das Kapital. Vom Bankdistont von 5% kommen wir gar nicht herunter. Was das bedeutet, kann Ihnen jeder Kaufmann sagen: einen Diskont von 8-12 Prozent im privaten Leben. Ja, sagt nun, deutet doch an die neuen Industrien, die aus dem Militarismus entstehen. Daraus ist mir zu antworten, aus der Militärvorlage werden die Mittel herausgezogen und dem Militarismus geopfert. Das ist eine Politik, die wir nicht billigen. (Sehr richtig.) Deutschland wird ein teures Land. Und da muß gefragt werden: wer ist ein besserer Freund des Vaterlandes, der Verteurer alter Güter oder wir, die wir alles wohlfest und billig haben wollen, damit das Volk ein extraktives Datum führen kann.

Ein falsches Weiß bewährt sich immer weiter Kreise unseres Volkes. Alle Kriegsrüstungen stehen im vollen Widerstreit zum modernen Leben der Völker. Dabei drängen die ganzen Verhältnisse der Völker zum Frieden. Unser größer werden die internationalen Friedensbeschreibungen. Auf alten Gebieten herrscht internationales Leben. Nur der Militarismus schafft Männer um die einzelnen Reiche und damit auch Feinde. Wir protestieren mit guten Beweisen gegen das Beträumen, weil wir der Meinung sind, daß die fortgesetzten Rüstungen Gefahren für uns, für jede Nation mit sich bringen. Wir sind durchaus nicht blind gegen Gefahren, wollen sie aber zu verhindern versuchen. Unsere besten Bundesgenossen gegen den gefürchteten Frieden sind die französischen und englischen Arbeiter. (Lebhafte Beifall.) Mit ihnen können wir gemeinsam gegen die Rüstungstreiber und Kriegshasser. Auf uns blicken die Friedensfreunde aller Länder, eine Einheitsfront, die das Bürgertum längst verloren hat. Wie hellen unser ganz Kraft in den Dienst der gemeinsamen Sache der großen Friedensidee. Es ist ein Kampf gegen die Chauvinisten aller Länder. Aber den Kampf wollen wir wagen eingedrungen der großen Internationale, wo es heißt:

Völler hört die Signale,
Schließen dichtet die Reihen;
Die Internationale
Wird die Menschheit sein.

Von den 111884 Landtagswählern Breslaus, die in die 608 Wählerlisten eingetragen sind, haben, wie der Magistrat bekannt gibt, während der öffentlichen Auslegung 8508 Personen diese Listen eingesehen und zwar

am 29. März 1913 2581,
" 30. " " 2000,
" 31. " " 3927.

Einsprüche gegen die Nichtigkeit oder Vollständigkeit der Listen, Anträge auf Eintragung in die Listen und Zutragung von Steuer sind 141 eingegangen und zwar am 29. März 13, am 30. März 16, am 31. März 112.

Bei der Wahl im Jahre 1908 betrug die Wählerzahl 101 514, also i. J. 1913 mehr 10 370, die Zahl der Einschneidenden 8749, also i. J. 1913 weniger 241, die Zahl der Einsprüche 631, also i. J. 1913 weniger 490, die Zahl der Wahlbezirke 541, also i. J. 1913 mehr 67.

Keine Reserveübungen während der Landtagswahl.

Der preußische Kriegsminister hat angeordnet, daß die Übungen des Beurlaubtenstandes, die in der Zeit vom 16. Mai bis 3. Juni sein sollten, auf die Zeit nach dem 4. Juni verlegt werden.

Fürs neue Gewerkschaftshaus

laufen eindrucksvoll in jeder Woche weitere Gelder ein. Nachdem in der ersten Aprilwoche mehrere Einzahlungen bis zu 500 Mark erfolgt waren, zeichnete ein Freund der Sache 1000 Mark und am gestrigen Sonntag sind wieder

2000 Mark

eingegangen. Da das Gewerkschaftshaus noch mancherlei für die Praxis und manches zur Verschönerung gebraucht, wird obiges zur eisernen Nachahmung empfohlen. Unser Haus ist eine solide Anlage für Spargelder, die mit 4 Prozent verzinst werden, und viele solcher Zeichner werden uns über alle Hypotheken Schwierigkeiten hinwegsetzen.

Heute Montag abend

spricht im Gewerkschaftshaus Genosse Dr. Poensgen-Alberti über

die revolutionären Dichter

aus den vierzig Jahren und wird dabei Proben der gewaltigen dichterischen Kraft geben, die aus jenen Tagen bis zu uns herüberdringen. Eintritt nur 15 Pf.

Opern-Matinee für den Bildungsausschuss.

Am Sonntag, den 18. April, vormittags 11½ Uhr, findet im Stadt-Theater eine Volksspielstätte statt, in welcher die beliebte Oper

„Das Glöckchen des Grammiten“

zur Aufführung gelangt. Der Bühnenaufbau findet am Montag abend im Gewerkschaftshause statt. Um 7 Uhr Auslösung, um 8 Uhr Billettausgabe.

Die Eintrittspreise sind folgende: Galerie-Sitzplatz 15 Pf., Galerie-Zipplatz 30 Pf., 3. Rang, Sitzplatz, 30 Pf., 3. Rang, Sitzplatz, 20 Pf., 2. Rang, Loge und Balkon 75 Pf., Parterre-Parterrelodge, Orchesterloge und 1. Rang 1 M.

Ein neues Wirtschaftsgebäude

für das Claassen'sche Siechenhaus

auf der Esbingstraße soll nach einer Vorlage des Magistrats errichtet werden. Die Zustände der Kochküche im Claassen'schen Siechenhaus sind schon seit langer Zeit als völlig unhygienisch angesehen und bei den staatlichen Peßungen bemängelt und beaufandet worden. Alle Versuche, die vorhandenen Nebenräume abzuschaffen, sind gescheitert. Der Magistrat schlägt deshalb vor,

Thalia-Theater.

Nachmittags-Vorstellung des Bildungs-Ausschusses: „Die Ehre“ Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Die dominierenden Beifallsstürme nach den Abschlüssen, besonders nach dem dritten und vierten Akt beweisen, daß das Sudermannsche Tendenzstück trotz aller Konzessionen, die er der bürgerlichen Gesellschaft macht, trotz mancher Überstülpchen keine alte Rundkraft bei einem vorwiegend aus Arbeitern bestehenden Publikum behalten hat. Ist doch der Kampf der dort oben auf den Brettern zwischen Vorderhaus und Hinterhaus geführt wird unter Kampf. Aber wenn man sein Urteil auch nicht von diesen Faktoren beeinflussen läßt, so muß ich gestehen, daß ich seitens eine so gute Aufführung der „Ehre“ gesehen habe. Nicht nur daß die Beziehung mit unseren besten Darstellern eine denkbar gute war, ich hatte auch weiter das Gefühl, daß die Darsteller, vielleicht mit einer Ausnahme, auch das Menschenmöglichste aus ihrer Rolle machten. Herr Skoda (Robert Steinbeck) kann ich wohl im Einverständnis mit allen unseren Besuchern der Sonntags-Vorstellung diesmal meiner uneingeschränkten Bewunderung versichern. Ich tue das um so lieber, als ich mich nicht immer mit seiner, eine prunkende Rhetorik bevorzugenden Art der Darstellung befrieden konnte. Doch eins mußte ich an ihm, der uns nun auch verlassen wird, um in der nächsten Spielzeit an der Wiener Bühne einen erweiterten Wirkungskreis zu finden, immer schätzen: einen seltenen Fleiß. Seine Gestalten waren technisch immer durchgearbeitet, wie er auch nie vom Souffleur abhängig war. Jedenfalls hat er einen großen Stil in seiner Darstellung; wurde er ihn noch mehr psychologisch vertiefen (was ihm auch schon manches Mal sehr gut gelungen ist, doch muß hier ein guter Regisseur nachhelfen), so wäre er ein Meister, da er eine prachtvolle Stimme besitzt. Jedenfalls werden ihm unsere Breslauer Arbeiter, an deren Festen er schon öfter mitwirkte, ein ehrendes Gedenken bewahren. Der alte Heinecke stand in Herrn Will einen Darsteller, der mehr die komische Seite dieses menschlichen Bruders hervorholte. Ich will nicht mit ihm rechnen, ob das die Absicht des Dichters war. Jedenfalls war er eine sehr witzame Figur. Auch die joviale, herzerfrischende und bei allem doch vornehme Art, wie Herr Bauer in der Idealfigur des „Grafen Tauch-Saarberg“ etwas von dem ihm fehlenden wirklichen Leben einzuhauen versuchte, verdiente den reichen Beifall, an dem auch Frau Santen als „Leonore“ ein Unrecht hatte. Sie gab jener ebenfalls witzenden Idealgestalt die heitere Seelengröße und kluge Auftretensweise, die es mir verständlich macht, daß ein solcher Mensch die Ge-

legenheit ergreifen mußte, um alle Brücken mit der moralisch verfaulten eigenen Familie abzubrechen.

Die „Alma“ des Fr. Wenaldy war eine rechte Großstirze, deren Seele noch schles oder richtiger nie erwachsen wird, und die im tiefsten Grunde verborgen ist ohne sich dessen bewußt zu sein und bei der das alles etwas selbstverständliches ist. Und wer kann der vom Leben zerstörten alten Mutter Meineke zitieren, wie sie mit vielseitigem Verständnis von Frau Barna gegeben wurde, wenn sie aus dem „Unglück“ oder richtiger „Glück“ ihrer Tochter Honig saugt? Die „Auguste“ des Fr. Busch war eine gut gelungene Type aus Berlin II., ebenso wie der, allerdings vom Dichter schon etwas farcierte „Tischler Michael“ der aber von Herrn Berger mit einer schärfewerten Zurückhaltung gegeben wurde. Der plumpische Reserveleutnant „Brand“ war bei Herrn Scholz, wie „Herr Stenzel“ bei Herrn Linn gut aufgehoben. Rechte Mühe gab sich auch Herr Gembs mit der Rolle des Kurt, der aber bei ihm etwas stark großes Fisch und Fisch schwankte. Auch Herr Antoni hat als „Kommerzienrat“ was er konnte, wenn man vielleicht auch etwas mehr Individualisierung wünschen könnte. Doch alles in allem war die Darstellung musterhaft. Das unter Publikum sich besonders dankbar zeigte, versteht sich am Rande. Immer und immer wieder mußte der Beifall der Vorhang hochgehen. F.

Jahre und sieben Monaten Gefängnis. S. verbrüht diese Straße gegenwärtig im Festungsgefängnis in Spandau. Eines Nachts wurden die wachhabenden Unteroffiziere und Feldwebel sowie die anderen Arrestanten durch einen großen Raum aufgeschreckt. S. hatte in seiner Zelle einen förmlichen Tohutschanschlag bekommen. Man sah zunächst durch das Guckloch der Tür und beobachtete nun, wie der Angeklagte wild in seiner Zelle herumtobt. Als dann der Wissfeldwebel Großer die Tür ausschloß und die Zelle betrat, schleuderte ihm der Angeklagte einen Ehaufs und die Zelle entging. Er trat aber den Vorgetretenen nicht, sondern stieg gegen die Wand. Wegen dieses Vorgetriebes wurde wiederum die Anklage wegen tatsächlichen Angriffs gegen S. erhoben. In der Sitzung des Kriegsgerichts der Kommandantur wurde S. freigesprochen, weil er nach der Überzeugung des Gerichts bei Begehung der Tat seiner Sinn nicht möglich war. In der geistigen Sitzung vor dem Oberstiegsgericht wurde von dem Einzelhäftigen, der unmittelbar nach der Tat die Zelle des S. betreten hatte, bekannt, daß er den Angeklagten, in einer Ecke stehend, wie ein wildes Tier fauchend, angegriffen habe. Er, S., habe sich auf ihn gefürzt und ihn in den Arm gebissen. Das Oberstiegsgericht war im Gegensatz zur Verteidigung der Angeklagten, weil es den Angeklagten für seine Handlungswille verantwortlich zu machen sei und es verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis, so daß S. nun vier Jahre und sieben Monate Gefängnis zu verbüßen hat.

Zweifellos handelt es sich hier in der Tat nur um Ersatz eines Unzurechnungsfähigen. Das mindeste wäre doch gewesen, den Angeklagten — nicht ersetzt, schon bei seiner ersten Anklage erst einmal gründlich auf seinen Gedanken zu untersuchen, da er sie nicht unterliegt! In dem zweiten Falle ist es zu untersuchen, ob er sie nicht aus dem Gesetz herausgenommen hat. Das Kriegsgericht ist aber seitlich der Angeklagten, der sich nicht auf seine Gedanken zu untersuchen lässt! In dem zweiten Falle gelangte ja auch die erste Anklage zu einem freisprechenden Urteil, weil es den Angeklagten für unzurechnungsfähig hält. Das Oberstiegsgericht aber setzte sich über alle plausiblen Momente hinweg, und erhöhte die Strafe des Unglücks auf 4 Jahre 7 Monate Gefängnis!

Die Sache kann damit freilich nicht zu Ende sein! Eine Revision des Urteils wird nötigenfalls der Reichstag erwarten! Patriotischer Gedenktag mit anstößigem Unterton! Seit Montag, den 10. März, wurde der Kriegerfestzug in Süden Schlesien verboten. Die bürgerlichen Vereine in Süden

Aus aller Welt.

Ein unglaubliches Urteil der Militärjustiz.

Eine Korrespondenz meldet:

Verhängnisvoller Wutanfall im Festungsgefängnis. Schwere Bühnen muß der Grenadier Stolinski eine Auskörnung, die er im Spandauer Festungsgefängnis verübt hat. Vor einiger Zeit hatte sich S., der gestern wegen tödlichen Angreifens auf einen Befreiten vor dem Oberstiegsgericht des 3. Armeekorps stand, am Stubendienstesten tödlich vergiftet. Bekanntlich sind die Stubendienstesten auf den Mannschaftszimmer zu Vorgesetzten der Leute und die letzteren haben ihren Beschlagnahmen nachzulösen. Der Angeklagte führte nun eines Abends einen Befehl des Stabendienstesten nicht aus und kam deswegen mit ihm in Streit. In dessen Verlauf ergriff er ein Gewehr und schlug damit nach dem Stubendiensten. Dieser rutschte nach dem Schlag jedoch aus. Hieraus ergriff S. eine Kleiderbüste und wünschte dem Befreiten, die Kleiderbüste ins Gesicht, daß eine blutige Verlegung entstand. Das Kriegsgericht verurteilte ihn wegen dieses Geschehens zu zwei

zu den Kosten und Wohlverdienst einen Neubau zu errichten, bei ungefähr 510.000 Mark kosten wird. Durch das zu verhandeln sind, des Wohlwollens, des Büchelers usw. ins neue Wirtschaftsgebäude werden in den beiden bestehenden Gebäuden Räume für etwa 36 Insassen frei, in denen möglichst Plätze für Frauen eingerichtet werden sollen. Darüber hinaus ist geplant, ein neues Krankenhaus zu errichten, da die Beutezahl für Kranken nicht mehr genügt. Um das Altenheimshospitum recht bald zu erlassen, will der Magistrat auf dem Grundstück des Claußenschen Stadthauses ein Gebäude für 200 Betten herstellen, das hauptsächlich chronische Kranken aufnehmen und später nach dem Ausbau der städtischen Krankenhäuser ohne wesentliche Veränderungen vom Stadthaus verwendet werden soll. Der Bau des Krankenhaus ist aber nur möglich, wenn vorher eine geeignete Rüste geschaffen worden ist.

Die Eröffnung der Jahrhundertausstellung.

Es wird uns geschildert: Wie wiederholt mitgeteilt, wird bereits am 6. Mai das gesamte Ausstellungsgelände den Publikum geöffnet werden. Für die Wahl dieses verhältnismäßig zeitigen Termins war in der Hauptstadt zunächst maßgebend, dass in diesem Jahre sehr früh fallende Pfingstfest, das voraussichtlich sehr viele Besucher nach Breslau führen wird. Diesen Verlusten, die später vielleicht an einen Besuch der Ausstellung nicht mehr denken können, sollte Gelegenheit gegeben werden wenigstens einen Gesamteindruck der gewaltigen Veranstaltung zu entziehen. Dazu hätte bei einem späteren Eröffnungstermin die überaus fröhliche Frühjahrssitzung der Gartenbauausstellung die im Rahmen gebündneten der Jahrhundertausstellung veranstaltet werden müssen, da die meisten der dort gezeigten Pflanzen, darunter Tulpen, Treibhäuser-Rosen, Nelken und Orchideen nach Mitte Mai bereits verblichen sind. Die feierliche Eröffnung bei der Ausstellung aber, der kulturhistorischen wie der Gartenbauausstellung, wird erst am 20. Mai durch den Professor, den deutschen Komponisten, vorgenommen. Es bedeutet dies nicht etwa eine Verzögerung, sondern es war bereits seit einem Jahr das Ende des Mai für die Eröffnung der kulturhistorischen Ausstellung in Aussicht genommen, da die Aussteller nicht zugemutet werden kann, sich noch länger als es ohnehin schon gefüllt, von ihrem Eigentum zu trennen.

Zentrumsergebnisse.

Kurtus Fennig erlässt als Vorsitzender des Zentrumsvereins folgende Bekanntmachung zum Schutz der Kandidaten Herschel:

Gegen die Aufführung des Stadtkreisregierung Rechtsanwalts Dr. Herschel als Kandidaten der Zentrumspartei hat das Katholisch-Deutsche Land in seiner Nr. 12 vom 23. März 1913 Sichtung genommen. Es hat bei dieser Gelegenheit gegen den Kandidaten Schwere Angriffe erhoben, die durch nichts begründet sind, da Dr. Herschel das uneingeschränkte Vertrauen der gesamten Zentrumswählerschaft Breslaus geniebt. Lediglich der Vorwurf, daß es sich um einen, bei der Landesversammlung handelt, muß ganz entchieden als unzutreffend zurückgestellt werden, zumal die Vertreter der Katholischen Arbeiterpartei Breslau, Kuratus Schulze und Adelbert Krebs, bei der Aufführung des Kandidaten Dr. Herschel auf das freudigste gratuliert haben. Der Vorstand des Zentrumsvereins gibt seine schriftlichen Beweise über die Angriffe Ausdruck, vor allem bezüglich, weil die gegnerische Presse die Angriffe gegen die Zentrumswählerschaft auszunützen versucht. Das Katholisch-Deutsche Land zu vertheidigen, und das Komitee, es ihm nahezulegen, gegenüberstellte der Vorstand des Zentrumsvereins, daß er ganz entschieden gegen Einigung von unterverschierter Seite protestiert. Der Vorstand des Zentrumsvereins forderte alle Wähler auf, für den um unter Sache seien vertretenen Zentrumswähler Dr. Herschel unbefristet die Aufführung des Kandidaten Dr. Herschel auf das freudigste zu gratulieren.

Merkwürdig ist es jedenfalls, daß die Herren Hornig

und Gimbal nicht selbst das Wort ergreifen, um den

Kandidaten Herschel zu vertheidigen, sondern das dem Kur-

ratus Fennig überlassen, der von den katholischen Arbeiter-

vereinen schon mehrfach besavvort wurde.

Ausbau der Straßenbahn in der Gabitzstraße und Kärrassierstraße.

Der Magistrat beauftragt, die Verbindung zwischen den Endstellen der städtischen Straßenbahn in der Gabitzstraße und in der Kärrassierstraße auszubauen und die Kosten von 54.000 Mark der Kärrassierstraße von 1909 zu entnehmen.

Bereits am 9. März 1911 hat sich die Stadtverordnetenversammlung mit der Weiterführung der städtischen Straßen-

bahn in der Gabitzstraße bis zur Kärrassierstraße und in dieser bis zum Alschleuse an das dort vorhandene Ausstellungsgelände einverstanden erklärt. Zwischenzeitlich ist die Bebauung eines Teiles rüstig vorgetragen; sie wird noch schnellere Fortschritte machen, wenn erst die geplante Bahnverbindung geschaffen sein wird. Der Verkehr mit Süden durch die Gabitzstraße hat einen bedeutenden Aufschwung genommen. Der Magistrat hat deshalb beschlossen, die Schlussstrecke auszubauen und in Betrieb zu nehmen. Da für die Materialbeschaffung eine Frist von einem halben Jahre erforderlich ist, wird der Bau ohnedies erst im Spätherbst erfolgen können.

Wahlvorsteher können sich melden.

Der Magistrat der Stadt Breslau erlässt im Gemeindeblatt folgenden Aufruf:

Zur Leitung der Wahlhandlungen für die im Monat Mai 1913 stattfindenden Wahlen der Wahlmänner sind 608 Wahlvorsteher erforderlich. Für viele Urwahlbezirke können geeignete Wahlvorsteher aus der Zahl der Wähler des Bezirks nicht bestellt werden. Wir ersuchen daher die Wählern der Stadt Breslau, die das Ehrenamt eines Wahlvorsteher im eigenen oder in einem fremden Urwahlbezirk übernehmen wollen, sich unter Angabe ihrer Wohnung am 20. März 1913 und ihres Standes recht bald im Magistratsbüro IIa einzufinden oder schriftlich zu melden.

Der ehemalige christliche Gewerkschaftssekretär Pfeffer

wurde am Sonnabend von der dritten hiesigen Strafammer wegen einfacher Urkundenfälschung zu drei Monaten Gefangen- und verurteilt. Der Staatsanwalt wollte den Angeklagten wegen Unreue, Unterschlagung und schwerer Urkundenfälschung mit einem Jahre bestrafen wissen. Wie schon am Sonnabend kurz berichtet, war Pfeffer seit dem Jahre 1903 als Sekretär des Centralverbandes der christlichen Bauarbeiter in Breslau und Schlesien tätig. Die Zentralleitung des Verbandes ist in Berlin. In den letzten Jahren bekam Pfeffer wiederholt auf den Bandkongressen zu hören, daß die Agitation in seinem Bezirk die tollpatschig sei. Er kann deshalb auf Mittel und Wege, die hohen Ausgaben zu verschleieren, indem er wiederholt Urkunden fälscht und diese als Belege in der Klage vorbrachte. Im Jahre 1909 sah sich Pfeffer genötigt, eine Schreibhilfe anzunehmen. Von der Ausstellung meldete er nichts der Zentralleitung, sondern bezahlte die Hilfskraft eigenhändig aus der Verdienststasse. Auch das verstand er durch falsche Belege zu verdecken. Bei der im Juni 1912 vorgenommenen Kassenprüfung schlichen ergab nicht, daß Pfeffer Gelder des Verbandes zu seinem eigenen Nutzen verwendet hat. Es konnte dem Angeklagten nicht widerlegt werden, daß er den Gehalt der Kasse zum Nutzen des Verbandes eigenmächtig ausgab. Deshalb ließ das Gericht auch die Anklage fallen, soweit sie auf Unreue und Unterschlagung lautete. Nur wegen einfacher Urkundenfälschung wurde Pfeffer verurteilt.

Einige christliche Kollegen des Angeklagten haben sich in der Sache nicht gerade sehr christlich betätigt. Die Anklage gegen Pfeffer ist überhaupt zurückzuführen auf das feindliche Verhalten einiger Kollegen im christlichen Bauarbeiterverbande. In der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende Landgerichtsrat Flenck hervor, der Angeklagte sei zwar der einfachen Urkundenfälschung schuldig, doch war der dadurch erlangte Vermögensvertreiter nicht rechtmäßig.

Die feindlichen Bogenbrüder. Vor dem hiesigen Schöffengericht kam Sonnabend ein eigenartiger Streit zum Ausdruck,

der sich auf folgenden Sachverhalt stützt: Im Jahre 1911 erhob

der Kaufmann Spanier in Breslau, als Mitglied der Loge

"Siegessäule zur deutschen Freiheit", schwere Vorwürfe gegen den

Großmeister der unabhängigen Loge "Kaiser Friedrich zur Duld-

famkeit" in Berlin, den Weinreeder Berls. Spanier nannte

Berls einen Logenschwund, Lump und Betrüger und erklärte, wenn

Berls ihn wegen dieser Vorwürfe verklage, werde er 500 M. an die

Witwen- und Weißensee zahlen. Der Großmeister strengte auch

eine Klage an, die schon einmal, im November 1912, das

Schöffengericht beschäftigt hat. Spanier erklärte sich damals

bereit, für seine beleidigenden Äußerungen den Beweis der

Wahrheit anzutreten. Unter anderem meinte der Angeklagte,

Berls habe wahnsinnig behauptet, mit Kaiser Wilhelm I.,

dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm (späteren Kaiser Friedrich III.)

und dem König von England in einer Loge gearbeitet zu

haben; auch hätte er einmal in Berlin seinen Schwieger-

vater als "englischen Großwürdenträger" in die Loge ein-

geführt. Das Gericht vertrug seinerzeit die Verhandlungen

einer kleinen Zeugen kommissarisch vornehmen zu lassen. Die

erneute Beweisaufnahme am Sonnabend fiel für den Ange-

klagten ungünstig aus, denn er wurde der Beleidigung schuldig

befunden und zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Bemerkt sei

noch, daß es sich hier nicht um Logen des internationalen Frei-

mauerbundes handelt, sondern um sogenannte "Winfellogen", deren Aufnahmetechniken sehr leicht zu erfüllen sind.

Zirkus Busch. Nach reichlich zweijähriger Abwesenheit

ist Zirkus Busch am Sonnabend Abend wieder in Breslau seine

Tore für ein auf wenige Wochen berechnetes Gastspiel geöffnet.

Die Eröffnungsvorstellung, die vor ausverkauftem Hause statt-

findet, ist gute alte Bekannte, so den vorzüglichen Schriftsteller

Herrn Burgkhardt Foottit, die vorzeltreiche Schriftsteller ist. Martha Mohr und den Vergleichsfranzösischen der von unserer Schule allgemein als der "kleine Cohn" bezeichnet wird. Die Leistungen der beiden ersten genannten sind, bekannt und ohne die üblichen Französisch kann man sich eine Vorstellung im Zirkus Busch auch nicht mehr recht denken. Als ganz besondere Neuheit wird Herr Mac Norton genannt, das lebende Aquarium. Er ist nicht nur in der Lage, in seinem Körper große Mengen Fischstäbchen aufzunehmen, am Sonnabend waren es 50 Zeesgläser voll, sondern er verschluckt noch ein Dutzend lebende Krabben und Goldfische, um alles nach kurzer Zeit wieder von sich zu geben. Alle Achtung vor der Art, wie Norton seinen Magen in der Gewalt hat, aber niemand wird behaupten können, daß seine Darbietungen besonders ästhetisch wirken. Das übrige Programm weist noch eine Anzahl Kräfte auf, die auf ihrem Gebiet eine Spezialität sind. Wir nennen die römischen Spiele des Herrn Alexander Delbosq, die Les Ondras als moderne Handstand-Akrobaten, die sich beide durch ruhiges vornehmes Arbeiten auszeichnen. Ein prachtvolles Schirmmehrheitsfahrt führt Herr Eduard Wolff in Freiheit dargestellt vor, während der Clown Pepino sich für die gleiche Art Dressur Schwert, Sände und Maulzettel ausstören hat. Man kann nicht sagen, daß die Eleganzkeit des Vorstellers hinter der anderen Vierfüßer erheblich zurücksteht. Das gleiche trifft zu für die von Madame Delita del'Orto in die Manege geführten 5 Kühe. Die Akrobaten zu Pferde wird von Dreiste und McCordia Kochi bestreitet; Herr Paul Gasser zeigt mit über 80 Pferden ein Gruppenbild von schöner Wirkung. Eine Musketier-Quadrille und ein Doppel-Bolting des Damen Raumann und Revelli vervollständigen das Programm, in das am Schluss des ersten Teiles ein Ballettanz mit 50 Damer eingeflochten ist, bei dem durch farbige Scheinwerfer prachtvolle Farbenwirkungen hervorgerufen werden. Eine Anzahl Clowns sorgt für den "Humor". Wie in früheren Jahren ist des Vordebestand des Zirkus außerordentlich reich und gut. Daneben sind vorhanden, ein riesiger Elefant, Kamelle, Maultiere, Hunde, Kühe, Schweine, Papageien.

w.

* Schülerprämien zur Erinnerung an die Freiheitskriege will der Magistrat in diesem Jahre verteilen. Er beantragt bei der Stadtverordneten-Versammlung 8000 Mark zu bewilligen, damit die nach seiner Ansicht nötigen Geschäftsbücher für die Volksschüler und die höheren Schüler gekauft werden können. Eine der wunderbarsten Submissionsblätter hat das Auszubringen für die Lieferung von Granitpflaster bestimmt für den Tilsiter Bahnhof, gezeigt. Ein Breslauer Granitwerk berechnet, so lesen wir in der Berliner Zeitung, für die Lieferung 2054 Mark. Eine Berliner Firma forderte dagegen nicht weniger als 5271 Mark. Da die Frachthäfen ziemlich die gleichen sind, so ist der Unterschied dieser beiden Forderungen schwer zu erklären.

* Das Naturtheater der Jahrhundertausstellung, das im Goppenhain idyllisch und von allen Seiten geschützt vorliegt, wird von der Ausstellungleitung vorbereitet. Der Tilsiter Bahnhof, gezeigt. Ein Breslauer Granitwerk berechnet, so lesen wir in der Berliner Zeitung, für die Lieferung 2054 Mark. Eine Berliner Firma forderte dagegen nicht weniger als 5271 Mark. Da die Frachthäfen ziemlich die gleichen sind, so ist der Unterschied dieser beiden Forderungen schwer zu erklären.

* Das Naturtheater der Jahrhundertausstellung, das im Goppenhain idyllisch und von allen Seiten geschützt vorliegt, wird von der Ausstellungleitung vorbereitet.

Bestimmt für den Tilsiter Bahnhof, gezeigt. Ein Breslauer Granitwerk berechnet, so lesen wir in der Berliner Zeitung, für die Lieferung 2054 Mark. Eine Berliner Firma forderte dagegen nicht weniger als 5271 Mark. Da die Frachthäfen ziemlich die gleichen sind, so ist der Unterschied dieser beiden Forderungen schwer zu erklären.

* Das Naturtheater der Jahrhundertausstellung, das im Goppenhain idyllisch und von allen Seiten geschützt vorliegt, wird von der Ausstellungleitung vorbereitet. Der Tilsiter Bahnhof, gezeigt. Ein Breslauer Granitwerk berechnet, so lesen wir in der Berliner Zeitung, für die Lieferung 2054 Mark. Eine Berliner Firma forderte dagegen nicht weniger als 5271 Mark. Da die Frachthäfen ziemlich die gleichen sind, so ist der Unterschied dieser beiden Forderungen schwer zu erklären.

* Das Naturtheater der Jahrhundertausstellung, das im Goppenhain idyllisch und von allen Seiten geschützt vorliegt, wird von der Ausstellungleitung vorbereitet.

Bestimmt für den Tilsiter Bahnhof, gezeigt. Ein Breslauer Granitwerk berechnet, so lesen wir in der Berliner Zeitung, für die Lieferung 2054 Mark. Eine Berliner Firma forderte dagegen nicht weniger als 5271 Mark. Da die Frachthäfen ziemlich die gleichen sind, so ist der Unterschied dieser beiden Forderungen schwer zu erklären.

* Das Naturtheater der Jahrhundertausstellung, das im Goppenhain idyllisch und von allen Seiten geschützt vorliegt, wird von der Ausstellungleitung vorbereitet.

Bestimmt für den Tilsiter Bahnhof, gezeigt. Ein Breslauer Granitwerk berechnet, so lesen wir in der Berliner Zeitung, für die Lieferung 2054 Mark. Eine Berliner Firma forderte dagegen nicht weniger als 5271 Mark. Da die Frachthäfen ziemlich die gleichen sind, so ist der Unterschied dieser beiden Forderungen schwer zu erklären.

* Das Naturtheater der Jahrhundertausstellung, das im Goppenhain idyllisch und von allen Seiten geschützt vorliegt, wird von der Ausstellungleitung vorbereitet.

Bestimmt für den Tilsiter Bahnhof, gezeigt. Ein Breslauer Granitwerk berechnet, so lesen wir in der Berliner Zeitung, für die Lieferung 2054 Mark. Eine Berliner Firma forderte dagegen nicht weniger als 5271 Mark. Da die Frachthäfen ziemlich die gleichen sind, so ist der Unterschied dieser beiden Forderungen schwer zu erklären.

* Das Naturtheater der Jahrhundertausstellung, das im Goppenhain idyllisch und von allen Seiten geschützt vorliegt, wird von der Ausstellungleitung vorbereitet.

Bestimmt für den Tilsiter Bahnhof, gezeigt. Ein Breslauer Granitwerk berechnet, so lesen wir in der Berliner Zeitung, für die Lieferung 2054 Mark. Eine Berliner Firma forderte dagegen nicht weniger als 5271 Mark. Da die Frachthäfen ziemlich die gleichen sind, so ist der Unterschied dieser beiden Forderungen schwer zu erklären.

* Das Naturtheater der Jahrhundertausstellung, das im Goppenhain idyllisch und von allen Seiten geschützt vorliegt, wird von der Ausstellungleitung vorbereitet.

Bestimmt für den Tilsiter Bahnhof, gezeigt. Ein Breslauer Granitwerk berechnet, so lesen wir in der Berliner Zeitung, für die Lieferung 2054 Mark. Eine Berliner Firma forderte dagegen nicht weniger als 5271 Mark. Da die Frachthäfen ziemlich die gleichen sind, so ist der Unterschied dieser beiden Forderungen schwer zu erklären.

* Das Naturtheater der Jahrhundertausstellung, das im Goppenhain idyllisch und von allen Seiten geschützt vorliegt, wird von der Ausstellungleitung vorbereitet.

Bestimmt für den Tilsiter Bahnhof, gezeigt. Ein Breslauer Granitwerk berechnet, so lesen wir in der Berliner Zeitung, für die Lieferung 2054 Mark. Eine Berliner Firma forderte dagegen nicht weniger als 5271 Mark. Da die Frachthäfen ziemlich die gleichen sind, so ist der Unterschied dieser beiden Forderungen schwer zu erklären.

* Das Naturtheater der Jahrhundertausstellung, das im Goppenhain idyllisch und von allen Seiten geschützt vorliegt, wird von der Ausstellungleitung vorbereitet.

Bestimmt für den Tilsiter Bahnhof, gezeigt. Ein Breslauer Granitwerk berechnet, so lesen wir in der Berliner Zeitung, für die Lieferung 2054 Mark. Eine Berliner Firma forderte dagegen nicht weniger als 5271 Mark. Da die Frachthäfen ziemlich die gleichen sind, so ist der Unterschied dieser beiden Forderungen schwer zu erklären.

* Das Naturtheater der Jahrhundertausstellung, das im Goppenhain idyllisch und von allen Seiten geschützt vorliegt, wird von der Ausstellungleitung vorbereitet.

Bestimmt für den Tilsiter Bahnhof, gezeigt. Ein Breslauer Granitwerk berechnet, so lesen wir in der Berliner Zeitung, für die Lieferung 2054 Mark. Eine Berliner Firma forderte dagegen nicht weniger als 5271 Mark. Da die Frachthäfen ziemlich die gleichen sind, so ist der Unterschied dieser beiden Forderungen schwer zu erklären.

* Das Naturtheater der Jahrhundertausstellung, das im Goppenhain idyllisch und von allen Seiten geschützt vorliegt, wird von der Ausstellungleitung vorbereitet.

Bestimmt für den Tilsiter Bahnhof, gezeigt. Ein Breslauer Granitwerk berechnet, so lesen wir in der Berliner Zeitung, für die Lieferung 2054 Mark. Eine Berliner Firma forderte dagegen nicht weniger als 5271 Mark. Da die Frachthäfen ziemlich die gleichen sind, so ist der Unterschied dieser beiden Forderungen schwer zu erklären.

Die Bevölkerungszahl

Der Stadt Breslau betrug nach der Fortschreibung Ende Januar 1918 587 701; sie ist gegen den Anfang des Monats um 1284 Personen gewachsen. Der Überschuss der Geborenen über die Gestorbenen war erheblich kleiner als im Vorjahr, aber ebenso groß wie im vorjährigen Januar. Beigetragen haben die Erkrankungen der Verdauungsorgane zur Erhöhung der Kindersterblichkeit. Es kam auf Kinder unter einem Jahre im Berichtsmonat ein Anteil von 24,2 Prozent aller Todesfälle gegen 21,1 Prozent im Dezember und 28 Prozent im Januar 1912. Bei den Erkrankungen, die der polizeilichen Meldepflicht unterliegen, ist der weitere Rückgang der Scharlachfälle bemerkenswert; diese Krankheit hatte etwa nur den vierten Teil ihrer Verbreitung vor einem Jahr. Die Diphtherie, von der, wie im Dezember, die meisten Fälle aus der Molsdorffstadt gemeldet wurden, griff über den Stand im Vorjahr und den im Januar 1912 etwas hinaus. Der Kreidenverkehr, der 1911 und 1912 seinen niedrigsten Stand im Dezember hatte, umfasste im Januar d. J. nach den polizeilichen Meldungen 24 427 Personen, unter denen 2024 Mitteilende waren.

Zum Erstickungstode der Schiffer

auf dem Oderlahn meldet der Polizeibericht: Auf Veranlassung der hiesigen Kriminalpolizei ist auswärts ein 18-jähriger Schiffer festgenommen worden, der in dem dringenden Verdacht steht, die Rauchgasvergiftung auf einem Oderlahn an der Kaiserbrücke der zwei Schiffer zum Opfer fielen, verurteilt zu haben. Dazu erfahren wir von anderer Seite, der Verhaftete bestreitet, das Ofenrohr verstopft zu haben, bleibt aber vorläufig in Haft. Es war von gewisser Seite der durch nichts begründete Verdacht ausgesprochen worden, stehende Schiffer hätten den Tod von zwei Kollegen verschuldet. Daran ist jedoch kein Wort wahr. Im Gegenteil, es wird jetzt angenommen, daß die obehängtivolle Tat zwischen Zwischenfall vorgenommen ist und, wie es scheint, auf eine rohe und leichtfertige Hänselei zurückzuführen ist. Der festgenommene Schiffer ist ein Breslauer.

* Ein Kriminalschuhmann von einem Einbrecher niedergeschossen. Beim Galtwirt Hübler auf der Gabitzstraße ist der vergangenen Nacht ein bedeutender Einbruch ausgeführt worden. Der Dieb hat Waren im Werte von etwa 140 M. gefischt. Der Galtwirt meldete heute früh den Vorfall sofort der Polizei und es wurde ein Polizeihund zur Stelle gebracht, der die Verwirfung der Spur durch andere Fußgänger noch nicht geschehen war, die Spur in die Wohnung eines Arbeiters auf derselben Straße verfolgte. Die beiden Polizeibeamten, die die Verfolgung aufgenommen hatten, lagen lange Zeit vergebens an der Lüft; plötzlich wurde diese ein wenig geöffnet und gleichzeitig krachte ein scharfer Schuß aus einem Revolver. Der Kriminalbeamte Bagemühl rannte sofort, in die Brust getroffen, zusammen; er wurde mit einer Droschke in das katholische Krankenhaus auf der Hohenzollernstraße geschafft. Der Einbrecher ist mit Hilfe anderer Beamten festgenommen worden.

Es wird noch gemeldet, der Verhaftete ist der Bauerbeiter W. Gutschwitz, der in den dreißiger Jahren steht und ledig ist. In seiner Wohnung fand die Polizei Jagdwaffen und exotisches Wild, woraus zu schließen ist, daß G. der Wildbereiter abgelegen hat. Es ergab sich ferner, daß Gutschwitz garnicht der Einbrecher ist, den man suchte; in seiner Wohnung wurde jedoch dieser auch gefunden.

* Warnung. Man schreibt uns: Vor einigen Tagen erschien in den hiesigen Zeitungen ein Inserat, worin ein gewisser A. Starkowitsch jedem Reklamanten einen einmaligen Verdienst von 200 M. zusicherte. Das stach einigen hiesigen Arbeitern ins Auge und sie wandten sich an den Inserenten. Flugs war auch die Antwort zur Stelle. Wenn auch unausgesetzt gewisse Leute auf dem Arbeitnehmermarkt häufig sind, um dem fleißigen Arbeiter durch allerlei Kniffe und Pfiffe keinen mit lautem Schwanz verdienten läppischen Lohn aus der Tasche zu locken, so war doch das Angebot des oben genannten Herrn ein besonders „starkes Stück“ zu nennen. A. Starkowitsch, der Herausgeber eines „Zentralblattes“, suchte in der Offizie „stille Teilhaber“ für sein Unternehmenblatt mit einer Entlohnung von 500 Mark pro Anteil. Für diesen Anteil versprach M. nach eingehender Berechnung dem Teilhaber einen Jahresbetrag von 200 M., denn so hoch sollte sich ein Tausendstel von dem Gewinn des Zentralblattes belaufen bei einem Gesamtgewinn von 200.000 Mark. Ja, der gute Mann versteigerte noch höher und phantasierte zuletzt von einer jährlichen Rente von 600 Mark für jeden Teilhaber. Jeder Teilhaber kann nach 6 Monaten jederzeit zurücktreten, nur der Besitzer des Blattes nicht. Alle drei Monate wird ausgezahlt. Nicht mehr, da griffen die Arbeiter freudig zu? Nein, sie waren viel zu klug, um auf diese offenkundige Leimrute hereinzufallen. Das Geld hätte die Einhaber kaum jemals wiedersehen und einen Anteil an dem Betriebsergebnis des erwähnten Blattes auch nicht. Also, Vorsicht!

* tödlicher Sturz. Am Sonntag stürzte ein Arbeiter in den zwei Meter tiefen Entwässerungsgraben der Strehenerstraße, der Mann erlitt einen schweren Schädelbruch, so daß der Tod sofort eintrat. Die Leiche wurde ins Schauhaus geschafft.

* Ein Kind von der Straßenbahn überfahren und getötet. Der 5 Jahre alte Sohn des auf der Osenerstraße wohnenden Brauereiarbeiters Geppert rampte am Sonnabend nachmittag gegen 4 Uhr über den Bahndamm, wurde dabei von einem Motorwagen erfaßt, zu Boden geschleudert und überfahren. Schwer verletzt wurde das Kind unter dem Wagen hervorgezogen. Sofort herbeigerufene Samariter der Feuerwehr leisteten die erste Hilfe und schafften den Knaben ins Krankenhaus „Bethanien“. Hier ist er aber bald an den Folgen des erlittenen Schädel- und Beinbruchs gestorben.

* Flüchtig geworden ist ein Laufbursche, der von seinem Meister auf der Gabitzstraße mit einem Fahrrad fortarrestiert worden war, um 16 M. einzutätschen. Dies hat er auch getan, ist aber mit Rab und Geld nicht mehr zurückgekehrt.

* Einbrüche. In die Wohnung einer Witwe am Berlinerplatz ist am 4. April ein Dieb eingebrochen und hat daraus eine goldene Damenuhr und eine Herrenuhrkette im Gesamtwert von 85 M. geflossen. — In einem Friseurladen auf der Brüderstraße sind Diebe in der Nacht zum Freitag eingeschritten und haben 8 M. Geld und Parfümerien im Gesamtwert von 30 M. entwendet.

* 784 Mark gestohlen wurden in der Nacht zum Sonntag einem Handelsmann aus dem Kreise Trebnitz. Der Mann war am Sonnabend mit Schweinen nach Breslau gekommen, um sie hier zu verkaufen. Als dies gelungen war, begab er sich in verschiedene Lokale, wo ihm der Erlös von 784 M. gestohlen wurde.

* Diebstahl auf dem Pferdemarkt. Während des Pferdemarktes am Freitag ist einem Händler eine 9jährige Fuchsfuhr im Wert von 500 M. gestohlen worden.

* Umgefahren wurde auf der Neuen Schweidnitzerstraße ein Ingenieur von einem schnell fahrenden Fleischwagen. Der Ingenieur war im Begriff, einen Straßenbahngang zu verlassen; er wurde am Rücken und an den Füßen verletzt.

* Bubenstreit. Am Sonnabend Abend spielten einige Jungen auf der Weinstraße Ecke Koszvothstraße und kamen aus den Gedanken, den schweren Steinboden eines Wasserhydranten in den Kanal hinabzumachen, was sie auch taten. Mannschaften der Feuerwehr brachten nach anstrengender Arbeit den Deckel wieder in die Höhe und dann in seine alte Lage.

Vereine und Versammlungen.

* Achtung, Turner! Die Versammlung der 2. Abteilung, morgen Dienstag, muß wegen anderweitiger Besetzung des „Goldenen Zepters“ ausfallen.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

(Mitteilungen aus den Direktionsbüros.)

* Vier Abonnement-Vorstellungen zu halben Preisen im Schauspielhaus. In der Zeit vom 14. April bis 5. Mai werden im Schauspielhaus vier Abonnement-Vorstellungen zu halben Preisen veranstaltet und zwar: Montag, den 14. April, „Der Fraueneifer“; Montag, den 21. April, „Die Musterweiber“; Montag, den 5. Mai, „Die Marinesturm“; Preise der Abonnements für obige 4 Vorstellungen einschließlich Garderobe, Kleider und Kartenscheine. (Siehe Inserat.)

Die Ausgabe der Abonnements erfolgt Dienstag, den 8. April von 4 bis 6 Uhr an der Kasse des Schauspielhauses und wird an den nächsten Tagen in den üblichen Kassenstunden fortgesetzt.

* Gastspiel Maria Mayer. Maria Mayer, die hier noch in bester Erinnerung stehende Künstlerin, die demnächst ihr Engagement am K. K. Hofburgtheater in Wien antritt, wird am Mittwoch ein ehemaliges Gastspiel absolvieren. Zur Aufführung gelangt Ludwigs Thoma's Volksstück „Magdalena“ mit der Künstlerin in der Titelpartei.

* Thalia-Theater. Mittwoch Abonnement-Vorstellung für den Humboldtverein (graue Karne). „Der Raub der Sabineinnen“. Freitag fünfte Vorstellung für Gruppe H „Das Buch einer Frau“.

* Im Eden-Theater wird zur Zeit ein Film vorgeführt: „Die Mutter“, der eine Episode aus Emil Holas „Nana“ darstellt, dessen in jeder Beziehung künstlerische Durchführung geeignet ist, die noch vielfach gegen die Kinos bestehenden Vorurteile zum Schweigen zu bringen. Ameissler an der Künstlerischen Leistungsfähigkeit des „Kino“ seien darauf aufmerksam gemacht.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Steine. Diebstahl. In der Nacht vom 8. zum 9. April drangen Diebe in die Scheune des Besitzers Gustav Salaschek ein, und stahlen daraus einen Sack voll Roggen und eine Mutter. Auch zogen sie von einem Fahrrad beide Mäntel und Schläuche ab und nahmen sie mit. Der herbeigeholte Polizeihund verfolgte mehrere Spuren, konnte jedoch den Dieb nicht ermitteln.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Ein ostelbisches Kulturbild.

In der vor der Reichstagswahl herausgegebenen „Wahlzeitung“ des Bochumer Volksblattes, für die unser Genosse Peterkämper in Bochum verantwortlich zeichnete, war auch eine aus einem polnischen Blatte stammende Notiz abgedruckt worden, nach der eine 80jährige fränkische Gutsarbeiterin im Wege der Armeipause von dem Gutsverwalter Rebe in Radlin (Posen) in einem Schweinstalle untergebracht worden sei, und in der der Gutsverwalter als Tyrann geschildert wurde. Der Verwalter stellte Strafantrag gegen Genossen Peterkämper. Die Sache war mehrfach vertagt worden, da auch gegen den Redakteur des polnischen Blattes und einen Propst als dessen vermeintlichen Mörder Anklage erhoben worden war.

Am Sonnabend hatte sich nun in der Strafsache gegen Genossen Peterkämper das Bochumer Schöffengericht mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Dabei wurde ein agrarisches Kulturbild aufgestellt, wie es krasser kaum denkbar ist. In dem auf Antrag des Verteidigers verlesenen Urteil aus dem Prozeß gegen den polnischen Redakteur und den Propst wird als Resultat der Hauptverhandlung angeführt, daß in dem betreffenden Raum, der ursprünglich ein Kutschall gewesen, sich bis zwei Tage vor der Einführung der fränkischen Gute in eine befinden habe; daß der Stall unmittelbar an einem anderen Schweinstall grenze; daß in unmittelbarer Nähe sich der Misthaufen befindet und die Zauberin vor der Tür der Frau herlaufe. Der Raum selbst habe keinen Fußboden und keine Decke gehabt; die Scheiben des einzigen vorhandenen Fensters von etwa einem halben Meter im Quadrat seien zum Teil entzweit gewesen; ein Fenster sei auch nicht vorhanden gewesen, und die Tür war eine gewöhnliche Stallschlüsse und nicht verschließbar. Da in der Nähe von Schweinställen in der Regel Ratten sich aufstellen, sei auch als wahr anzunehmen, daß in dem Raum, in dem die Kranke sich befand, Ratten waren. Der andere Raum, in den die Gute danach gebracht worden sei, sei nach den in der Verhandlung gemachten Feststellungen noch schlechter gewesen. Der vorhandene Ofen sei so defekt gewesen, daß er wegen des austretenden Rauches unbrauchbar war. Die Fensterscheiben waren entzweit, das Bett eingerissen. Der Verwalter habe sich außer der Anordnung, der Kranke das Essen zu bringen, das sie selbst nicht holen könne, überhaupt nicht um sie gekümmert. Niemand habe die Kranke geblieben oder gerettet, obwohl sie an einem schweren bronchischen Blaudenken gelitten habe. Weiter stellte das Gericht fest, daß der Verwalter nicht nur die Arbeiter, sondern auch den Propst mit „polnisches Schwein“ tituliert hat. Und weiter, daß er große Lohnabschläge gemacht hat. So habe er einem Mädchen einen ganzen Vierteljahrlohn für zerbrochenes Geschirr eingehalten. Das in der Zeitungsnachricht gezeichnete Bild sei also zutreffend, weshalb auf Freikreuzung zu erkennen gewesen sei.

Angesichts dieses vernichtenden Urteils für die Arbeiterfrage auf diesem Markttag beantragte der Amtsbeamte ohne weiteres die Freisprechung des Genossen Peterkämper, und das Gericht entsprach diesem Antrage.

Um das hier ausgerollte Kulturbild vollständig zu machen, sei noch erwähnt, daß der Verwalter nicht nur wegen der Misshandlung der Kranke, die bald darauf gestorben ist, straflos blieb, sondern, daß auch die gegen ihn erstattete Anzeige wegen Meinads fruchtlos gewesen ist.

* Krieg. 7. April. Ein Opfer soll gebraucht werden. Aus Anlaß der hundertjährigen Wiederkehr der Befreiungskriege beabsichtigen die hiesigen Patrioten — am 8. Juni d. J. einen großen „Nationalen Raumfest“ zu veranstalten. Dazu sind vier bis fünftausend Mark nötig, die zusammen gesucht werden sollen, um den nationalen Festakt würdig gestalten zu können. Nicht genug damit, daß schon drei öffentliche Annahmestellen für freiwillige Geldspenden eröffnet wurden, soll in nächster Zeit mit Sammelstellen von Haus zu Haus geschmort werden. Ob solche „Kollektive“, von Patrioten ausgehend, einer Genehmigung bedürfen, entzieht sich unserer Kenntnis. Weil aber Geld nicht kommt, wird wohl auch die werktätige Einwohnerchaft Briegs dieser Kollekte nicht verschont bleiben. Arbeiter, Gewerkschafter und Genossen, hier heißt es: Täscheln zu!

* Das städtische Gaswerk veranstaltet Donnerstag und Freitag abend 8 Uhr im Saale des Schauspielhauses einen großen Schaukoch auf Gasapparaten und -herden. Auch findet eine Versteigerung von Gasapparaten statt. Der Eintritt ist für jedermann frei.

Neueste Nachrichten.

Die Lage auf dem Balkan.

London, 7. April. Über die Botschaft des Admirals Burney an die montenegrinische Regierung schreibt die „Times“, die montenegrinische Regierung habe geantwortet, daß die Unversehensheit der Flotten der Mächte vor der montenegrinischen Küste und in den montenegrinischen Gewässern von ihr sehr bedauert werde. Die Aktion der Mächte sehe sie als einen Neutralitätsbruch an und so lange der Frieden nicht geschlossen sei, werde Montenegro seine Haltung auch nicht ändern. Der Korrespondent der „Times“ sagt weiter: Wie ich höre, hat die montenegrinische Regierung die Aufmerksamkeit des österreichischen Gesandten auf die Tatsache gelenkt, daß bei den gestrigen Manövern an der Südgrenze von Österreich die österreichischen Soldaten sich eines so starken Feuers bedienten, welches in Cetinje gehörten wäre und das dort gewisse Verstärkung hervorgerufen hätte.

Belgrad, 7. April. Die sechzehn griechischen Schiffe mit serbischen Truppen an Bord sind in San Giovanni di Medua eingetroffen. Die Versögerung der Ankunft dieser Truppentransportschiffe ist darauf zurückzuführen, daß der türkische Kreuzer „Hamidié“ in der Adria kreuzte. Während die Einschiffung der Truppen acht Tage in Anspruch nahm, wurde die Ausschiffung in zwei und einem halben Tag beendet.

Konstantinopel, 7. April. Bei gutem Wetter unternahm Major Enver bei einem Flug von San Stefano nach Hademits Er sagte nach der Landung, daß alles ruhig sei, daß er jedoch bei dem türkischen Truppenträger gesehen, die von Adria aus in Cetinje eingetroffen seien und die mit der Anlegung größerer Verhandlungen beschäftigt würden.

Konstantinopel, 7. April. Trotz aller Anstrengungen ist es der türkischen Regierung bisher immer noch nicht gelungen, von irgend einer Seite Geld zu erhalten. Alle Banken, an die die türkische Regierung sich wandte, weigerten sich, Geld herauszugeben, ehe die Türkei nicht mit den Balkanstaaten Frieden abgeschlossen habe.

König Nikola beschwert sich!

Paris, 6. April. Der König von Montenegro richtet an den Petersburger Korrespondenten des „Temps“ eine Depesche in der es heißt: Er erfuhr mit Schrecken, daß das Panzer Schiff „Edgar Quinet“ Frankreich bei der Flottendemonstration vertrete, durch die Montenegro gezwungen werden sollte, die Belagerung von Skutari aufzuheben. Wir bedauern tief, daß infolge einer bittre Ironie der Name des berühmten Schriftstellers und Dolmetschers der um Einheit und Unabhängigkeit ringenden Völker in die Expedition gegen einen kleinen, aber tapferen Verteidiger des Balkans und der orientalischen Christenheit genannt wurde. Sie können sagen, daß Montenegro trotz der von Europa ergriffenen Zwangsmaßnahmen nur über Gewalt weichen wird. Es bleibt Europa nur übrig, seines Unrecht durch einen Gewaltstreich noch den Stempel der Lächerlichkeit aufzudrücken.

Die „echtrußischen Leute“ gegen Österreich.

Petersburg, 7. April. Gestern demonstrierte hier das echtrußische Janbaj gegen Österreich. Über zehntausend Personen zogen durch die Straßen zur Festung und vor das Palais des Großfürsten Nikolai-Nikolajewitsch, wo sie großer Radau verübten und die „Nationalhymne“ sangen. Man schrie „Flöhrt sie nicht gegen Österreich-Ungarn!“ und „Nieder mit Österreich-Ungarn!“ Als sie sich gründlich aufgetobt hatten, zerstreuten sie sich, ohne von der Polizei behelligt worden zu sein.

Buzzusammenstoß.

Ades-Albea, 7. April. Hier hat ein Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge stattgefunden. Es gab eine große Anzahl Verwundeter, unter denen sich auch der italienische General Fizziano befindet.

Ein deutsches Schiffungslust.

London, 7. April. Aus Portland (in Oregon) wird gemeldet: Die deutsche Bark „Mint“, die am 14. Februar dieses Jahres bei Alutia aufgefahren war, stürzte um, als sie fortgeschleppt wurde. Kapitän Westfahl und dreißig Männer der Besatzung sind ertrunken.

Ein Großer der Wissenschaft gestorben.

Berlin, 7. April. In seiner Villa in Charlottenburg starb gestern kurz nach Mitternacht der Professor der Physik Adolf Slaby, der Mitterländer des deutschen Systems für drahtlose Telegraphie. Die Todesursache ist noch nicht klar. Gestern Abend war er in einem Schlaganfall zu juchen. Er hat ein Alter von 84 Jahren erreicht. Die Beisetzung Professor Adolfs Slaby wird wahrscheinlich von der Technischen Hochschule in Charlottenburg aus erfolgen.

Kesselexplosion.

Hamburg, 7. April. Gestern früh erfolgte auf den Anlagen der Norddeutschen Kohlen und Kohle-Werke U.-G. am Indian-Quai aus bisher noch völlig unauflässiger Ursache eine heftige Kesselexplosion. Die in der Nähe des Kessels stehenden Leute, ein Heizer und ein Arbeiter, wurden von den mit ungeheurer Kraft aus dem gebrochenen Kessel herausstürzenden Dampfen und von den herumstürzenden Funken so schwer verletzt, daß sie von der sofort herbeigeeilten Feuerwehr in das Hafen-Krankenhaus geschafft werden mußten. Der Arbeiter starb schon auf dem Transport nach dem Krankenhaus, während der Heizer erst eine Stunde nach seiner Einlieferung dorthin verstarb. Zwei andere Arbeiter erlitten leichte Verletzungen. Es wurde sofort eine gründliche Untersuchung über die Ursache der Kesselexplosion eingeleitet, doch hat dieselbe bisher noch zu keinem bestimmten Ergebnis geführt.

Panik in der Kirche.

Krefeld, 7. April. Gestern früh kurz nach sieben Uhr versammelte sich ein östlicher iranischer etwa dreißig Jahre alter Mann, der später als der Handlungsbild Mones festgestellt werden konnte, während der Messe Eingang in die katholische Haupt-Pfarre Kirche zum heiligen Dionysius, wo er plötzlich und ohne jegliche Veranlassung auf jäh zielte und viele Menschen einschlug. Der Gemeindestadtrat verlehrte hierbei einige Frauen zum Teile sehr erheblich und verursachte eine unbeschreibliche Panik. In Krefeld starb erdrückt sich die Besucher des Kirchen nach den Ausgängen, wo ein breites Gedränge entstand und mehrere Personen schwer zu Schaden kamen. Am ganzen wurden 30 bis 40 Personen verletzt, darunter eine Frau, die schwere Verletzungen erlitten. Der Krefelder Mann, der seine Waffe in die Kirche gebracht, ist nach dem Festzug unverzüglich fortmarschiert.

Aus der Frauenbewegung.

Die Landtagswahlen und die Frauen.

Vor lauter Rüstungsrummel und Wahlneuernäten geraten die preußischen Landtagswahlen fast in Vergessenheit. Niemand kann nicht täglich, daß wieder ein paar neue Kandidaten von jeder Partei aufgestellt sind, man würde vielleicht nicht einmal mehr, daß in der nächsten Zeit Wahlen stattfinden sollen. Von Unruhe, Leidenschaft, erbitterten Kämpfen ist nichts zu spüren. Wie kommt das? Niemand wird behaupten wollen, daß im preußischen Staate alles in besserer Ordnung sei, daß die Gesetzgebung so die allgemeinen Besiedlung arbeite, daß man nur den Wunsch haben könne, an der Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses möglicherweise nichts geändert werden. — Wer solche Ansichten äußert, würde zweifellos als geistig unzureichend angesehen werden.

Weshalb dann aber diese auffallende Ruhe. Ist es die Ruhe vor dem Sturm? Ach nein, auch das nicht. Es ist hauptsächlich wohl das Gefühl, daß bei diesem Wahlrecht alle Anstrengungen des Volkes doch nicht den gewünschten Erfolg haben können. Und aus dieser Überzeugung von der Unmöglichkeit eines Sieges über die Reaktion entwickelt sich nur zu leicht ein allgemeiner Pessimismus, der schließlich zur Einstellung jeder stärkeren Wahlpropaganda führen kann. Und doch darf keine Möglichkeit Platz greifen, es muß gekämpft werden. Die wenigen im Abgeordnetenhaus gewonnenen Plätze sind zu behaupten, neue sollen errungen werden, und das kann nur durch zielbewußte unermüdliche Arbeit erreicht werden.

Auch die Frauen müssen wieder helfen. Den Arbeitstränen brauchen wir nicht mehr zu sagen, wie sehr sie an einer anderen Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses interessiert sind. Sie wissen es, und das tägliche Leben macht es ihnen immer

wieder klar, daß die reaktionäre Politik im Preußenparlament jeden Fortschritt läßt. Wohnungspolitik und Schulgesetzgebung um nur diese für die Arbeiterschichten so wichtigen Gebiete heranzutreten, gehören zur Sphäre der staatlichen Gesetzgebung. In einer allgemeinen Demokratisierung der Gemeindevertretungen ist nicht zu denken, solange dies Abgeordnetenhaus besteht, das niemals seine Zustimmung zu einer radikalen Änderung des kommunalen Wahlrechts geben wird. Solange ist es aber auch mit wenigen Ausnahmen nicht möglich, genügend Arbeiterveteraner in die Stadtverordnetenversammlungen und die Magistrat hinzuzubringen. — Über vor brauchen garnicht einmal an solche indirekten Wirkungen zu denken. Wie brauchen uns nur die Steuerpolitik des preußischen Landtags anzusehen und daran zu erinnern, daß bereits die Einkommen von 900 Mark an steuerpflichtig sind, um den Frauen des Volkes klar zu machen, wie sehr die reaktionäre Politik des Abgeordnetenhauses die unterdemittleren Schichten drückt.

Die Frauen werden bei den Wahlen ihre Pflicht tun, wie wissen es. Sie werden helfen, wo sie können und sie werden immer daran denken, daß nur durch zähe Arbeit, durch das Verdrängen der herrschenden Kaste aus einer Position nach der anderen etwas erreicht werden kann.

Und die bürgerlichen Frauen, was werden sie tun? — Die konserватiven brauchen keine Frauenhilfe. Sie haben den Landrat als Wahlhelfer, das genügt. Die weiblichen Mitglieder der liberalen Parteien werden selbstverständlich, wie bisher, ihre Kräfte ausspielen, um den Gegnern des Frauenvorwahlrechts, wie es die Liberalen einmal sind, zu Abgeordnetenstellen zu verhelfen. Die Frauen in den Stimmberechtigtenverbänden werden mit begeisterten Phrasen, hinter denen so erstaunlich wenig politisches Verständnis und noch geringerer Opferwilligkeit steht, die "Allgemeinheit der Frauen" ausspielen, bei den Landtagswahlen für die Sache des Frauenvorwahlrechts zu streiten, und wenn man näher zusieht — was kommt dabei heraus? Sie reden für

die politische Befreiung der Frau und sie arbeiten ih-
nen gegen, denn von der in bitteren Erfahrungen gesam-
melten Erlebnis der ersten englischen Frauenstimmrechtsbewe-
gung, daß nur durch die Unterstützung der Arbeiterschicht wirk-
lich etwas erzielt werden kann, sind sie noch durch unendliche
Entfernung getrennt. Es ist als ob ein dicker Nebelschleier
ihnen den Gang der politischen Entwicklung verhüllte. Sie
haben nach einem kurzen Anlauf die Beschäftigung mit politi-
schen Tagesgeschäften als ein undenkbares und unbedecktes Ge-
schäft aufgegeben. Sie nutzen es dahin gelangen, weil sie sich
davor fürchten, die einzige logische Konsequenz zu ziehen, das
heißt offen den Wahlkampf der Sozialdemokratie zu unter-
stützen.

Die Arbeiterschaft braucht über diesen Verlust nicht zu trauern. Sie hat arbeitsfreudige und arbeitgewohnte Kräfte ge-
nug und kann auf die Hilfe der Damen verzichten. Die orga-
nisierten sozialdemokratischen Frauen werden bei den Wahlen be-
weisen, daß sie im täglichen Kampf um die Existenz gelernt
haben, politisch zu denken, und daß sie wissen, daß ihr Platz
an der Seite der Männer ihrer Klasse ist.

Frauen in der Schulverwaltung. Amerika ist auch in bezug auf die Rechte der Frauen in der Schulverwaltung den anderen Staaten voraus. Wie "Woman's Journal" mitteilt, sind die höchsten Beamten im Erziehungswesen in den vier Staaten Colorado, Idaho, Wyoming und Washington Frauen, und ebenso steht an der Spitze des öffentlichen Schulwesens von Chicago eine Frau, die eins der drei höchstbezahlten Männer im Erziehungswesen von ganz Amerika inne hat.

Sieben Städte mit über 300 000 und neun Städte mit 100 000—300 000 Einwohnern haben Frauen in der Schulver-
waltung. 495 Frauen führen die Oberaufsicht über das Schul-
wesen in verschiedenen Provinzen. (County superintendents.)

Ersteht dreimal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einführung empfohlen.

Oberschlesischer Industrie-Bezirk.

Beuthen O.-S.

Alkoholfreie Getränke, Bierverlag.
Käppi, "Bierbrauerei", Althofstr., "Bierbräu".

Brauereien.

Monopol-Pils, s. n. deutscher Pilsener.

Galanterie- und Spielwaren, Hans- und Küchengeräte.

Steinig, Fritz, Giebnerstr. 9, (Kinderzucker).

Zigarren, Giebel, Hof, Schiebhausenstr. 19 (Gig. Zigar.).

Kattowitz.

Bierbrauerei und Verleger.

Niederlage „Monopol-Pils“ Gau- str. 3-7.

Herrengarderobe

Hugel, J. L., Grundmannstraße 7.

Hans- und Küchengeräte.

Giebel, Karl, Ring 4. (Spielwaren).

Färberei, Nähmaschinen, Kinderwagen.

Bierbrauerei, G. Grundmannstr. 34, Russlandstr.

Optische Industrie.

Wol., J., Kattowitz.

Zigarren, Giebel, Theodor, Schonneckenstr. 10.

Giebel, E. M., Ring 31, Tischlerei, Schloß.

Königsblütte O.-S.

Herren-Garderobe und Schuhwaren.

Straß, Weißerstrand, Sczopringstr. 47.

Mode und Schuhwaren.

Giebel, Weiss, Ringstr. 2. (Gewerbeschule).

Ratibor.

Bierbrauereien.

Bräuerei Berliner.

Druck.

Giebel, Druckerei, Lederstraße 11.

Herrn- u. Knabengarderobe.

Bräu, G. (Hof: M. Böhme) Reinhardt.

Herrn- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Wiegert, Max, Galanterie u. Spiel.

Lebensmittel- u. Fertigwarenhandlung.

Wiegert, Carl, Langenstraße 40.

Zaborze-Zabrze

Kaufhäuser, Herren-Konfektion.

Wol., G. Jr., Galerie 2.

Brüg

Alkoholfreie Getränke.

Giebel, Nährsalzwaren.

Giebel, Emil (Bierbrauerei).

Arbeiter-Konfektion.

Reinhardt, W., Dönhoffstr. 25, Dönhoff.

Reparaturen und Kommissionen.

Wiegert, Heinrich, Güterstraße 17.

Wiegert, Heinrich, Güterstraße 57.

Wiegert, Heinrich, Güterstraße 45.

Wiegert, Heinrich, Güterstraße 15.

Wiegert, Heinrich, Güterstraße 1.

Deutscher Reichstag.

182. Sitzung. Sonnabend, den 5. April,
nachmittags 2 Uhr.
Um Bundesratsstunde: 8 Uhr.

Estat des Reichstages.

Hierzu beantragen die Nationalliberalen in einer Resolution eine Abänderung des Dörfengesetzes, durch die den Reichstagsmitgliedern freie Fahrt während der Dauer der Legislaturperiode auf den deutschen Eisenbahnen gewährt wird, und in einer zweiten Resolution die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Wahlprüfungen einer gerichtlichen Behörde überwacht werden.

Abg. **Bassermann** (natt.): begündet die erste Resolution, die der Reichstag wiederholt angenommen habe. Es wäre wünschenswert, die Regelung der Materie, wie es der Würde des Reichstags entspräche, recht bald vorzunehmen, damit nicht ein Zusammenhang zwischen der Regelung und den Deckungsverträgen vermutet wird. (Zustimmung links.) Der Bundesrat sollte dem wiederholt einstimmig gefassten Beschluss des Reichstags endlich folge leisten.

Abg. **Südiken** (Soz.): Die unumstrittige Behandlung des Reichstages durch den Bundesrat hat die bürgerliche Mehrheit sich selbst zuzuschreiben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir stimmen den Antrag der Nationalliberalen zu, aber nicht ihrem zweiten, der die Wahlprüfungen dem Reichstag entziehen will. Die Wege der bürgerlichen Justiz sind so wunderbar, daß wir schwere Bedenken haben, die Prüfung der Mandate einem Gerichtshof zu übertragen. (Sehr wahrs. bei den Soz.) Auch der Reichstag hat nicht immer einwandfrei gehandelt, mehrfach ging hier Macht vor Recht; — ich erinnere nur an die Fälle von wo, Buchwald. Aber das darf noch lange nicht dazu führen, daß der Reichstag auf ein so wichtiges Recht verzichtet. Sie wollen doch nicht etwa die bayerischen Wahlen vom preußischen Kammergericht prüfen lassen? Oder wollen Sie einen Senat des so sehr überlasteten Reichsgerichts mit der Prüfung betrauen? Die Schuld an der Langsamkeit der Wahlprüfungen liegt nicht an der Wahlprüfungscommission, die recht fleißig arbeitet, sondern an der Methode. Wird zum Beispiel Beweiseerhebung beschlossen, darüber, ob einige Wähler Ausländer waren, so kann nicht der Referent oder Korreferent die Anfrage an den betreffenden Gemeinde-Vorsteher richten, von wo die Antwort in zwei Tagen da sein könnte, so daß die Arbeit weitergehen könnte, sondern zunächst muß ans Plenum berichtet werden, hier wird Beschluss gefasst, es dem Reichslandrat zu übergeben. Dieser sendet die Sache an den betreffenden Bundesstaat etwa nach Dresden, von da wird sie an die Kreishauptmannschaft geschickt, von da zur Amtshauptmannschaft (Heiterkeit), dem Amtshauptmann pressiert es vielleicht nicht besonders, er läßt die Sache einige Wochen liegen, und sieht sie schließlich an die betreffenden Gemeindevorsteher, von wo sie dann denselben gemütlichen langsamem Weg zurückgeht, und man kann sich freuen, wenn sie unterwegs nicht verloren geht, und wenn man sie überhaupt zurückbekommt. (Heiterkeit.) Hier könnte also leicht Wandel geschaffen werden, wenn der Referent der Commission im Einverständnis mit den Vorsitzenden sich selbst an den Gemeindevorsteher wenden könnte. Es handelt sich ja meist um einfache Auskünfte.

Erwägenswert wäre ferner, ob die Wahlprüfungscommission nicht in der Sitzungsreihen Zeit arbeiten soll. Die Kosten können gegenüber der raschen Erledigung gar nicht in Frage kommen. Also trotz aller üblichen Erfahrungen, die gerade wir Sozialdemokraten gemacht haben, wollen wir die Wahlprüfungen nicht dem Reichstag nehmen und einem Gerichtshof übertragen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. van Calker (natt.): In vielen Punkten stimme ich dem Vorredner bei. Ein wichtiges Recht des Reichstags würde ich ohne ganz durchschlagende Gründe nicht aufgeben. Bei dem jetzigen Zustand werden die Wahlprüfungen aber vielfach verschleppt, dem will unser Antrag entgegenwirken. Anders läge die Sache, wenn die Entscheidungen der Wahlprüfungscommission endgültig wären. Sie unterliegen aber der Nachprüfung des Plenums, das daraus vielfach lediglich eine Machfrage macht. Es soll sich aber um Urteilsprüche handeln, und deshalb verlangen wir dafür ein unparteiisches Gericht. Das Reichsgericht ist zu überlastet. Das Oberlandesgericht Kolin hat ja sehr schnell gearbeitet. (Abg. Spahn: Es war auch daran!) Die Entscheidungen sind auch fristiger worden, gewiß, nämlich von den Parteien, die schlechte Geschäfte dabei gemacht haben. (Heiterkeit.) Die Entscheidungen über Wahlbeeinflussungen durch Geistliche würden eben von einer Seite ungemein empfinden. Ich würde ein Reichsverwaltungsgesetz mit besonderen Wahlprüfungssegnaten vorschlagen, die aus Richtern und Abgeordneten mit der Mehrheit von Richtern zu bestehen wäre. Das englische Parlament hat sich auch auf diesen Standpunkt gestellt. (Bravo! bei den Natt.)

Abg. Dove (Wp.): Dem ersten Antrag der Nationalliberalen stimmen wir zu, den zweiten beantragen wir, der Geschäftsaufnahmekommission zur Vorprüfung zu überweisen.

Abg. Dr. Spahn (Benz.): Den Antrag in Bezug auf die freien Eisenbahnfahrten traute auch meine Freunde bei, den anderen aber lehnen wir ab. Eine Dekapitulation (Enthauptung) des Reichstags können wir nicht zugeben. Der Reichstag darf sich auch nicht der Möglichkeit beraubten, Missbräuche bei der Wahl hier öffentlich an den Pranger zu stellen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Der Antrag über die Freisahrtarten liegt auch im Interesse der Regierung und des Landes, die Befestigung der dauernden Verträge sind im öffentlichen Interesse notwendig. In dem anderen Antrag können wir keine Dekapitulation des Reichstags erblicken; der Reichstag hat vielmehr das Interesse an einer schnellen und unparteiischen Erledigung der Wahlprüfungen. Dem Antrag auf Überweisung an die Geschäftsaufnahmekommission stimme ich zu, doch soll er dort nicht etwa begangen werden.

Abg. Dr. Henmann-Höfer (Wp.): Eine Bescheinigung der Wahlprüfungen ist in dieser Session schon dadurch erreicht worden, daß die Wahlprüfungen stets nach ihrer Erledigung in der Kommission sehr bald auf die Tagesordnung gesetzt werden. Hoffentlich bleibt es dabei. Vielleicht wäre der Ausweg denkbar, daß der Reichstag die endgültige Entscheidung der Kommission überlässt, die schließlich auch in der sessionsfreien Zeit tagen könnte.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.): Der Überweisung der Resolution an die Geschäftsaufnahmekommission wollen wir nicht widersprechen, wenn dabei wohl auch nicht viel im Sinne des Antrages herauskommen soll. Die wichtigste Frage ist, wenn der Reichstag sein Recht abgeben soll, und ob es dadurch besser werden kann, und da erkläre ich, für mich ist der Antrag Bassermann unannehmbar. Ich werde doch nicht dieses Recht der Wahlprüfung abtreten zu einer Zeit, wo die größte Partei des Landes nicht einmal hier im Hause als gleichberechtigt anerkannt wird, zu einer Zeit, wo der deutsche Richterstand in der ärgsten Klassenjustiz besangen ist.

Glauben Sie, daß der Missbrauch von Beamten durch Richter verhindert werden könnte? Die meisten amtlichen Wahlbeeinflussungen finden in Ostpreußen statt, und die preußischen Landräte kümmern sich den Teufel um die Beschlüsse des Reichstags, weil sie wissen, daß die Regierung ihnen kein Haar krümmt. Würde die Regierung den Beschlüssen des Reichstages beitreten, so würden solche amtlichen Missbräuche sofort bestraft sein, man braucht ja nur an die standesärigen Vorgänge bei der zweimaligen Wahl in Schlesien zu denken. Und da sollen wir glauben, durch die Richter könnte etwas gebessert werden? Herr

van Calker wünscht besondere Senate, in denen neben den Richtern auch Beamten sitzen. Glauben Sie, daß auch nur ein einziger sozialdemokratischer Abgeordneter hineinkommen würde? Wie die Dinge heute liegen, sicherlich nicht. Hier in der Kommission des Reichstags sind wir gleichberechtigt, weil wir 110 Plätze sind. Fragen Sie einmal die Konservativen, ob sie uns anerkennen würden, wenn wir 5 oder 8 wären. (Zuruf rechts: Im Preußischen Abgeordnetenhaus!) Dort hat die Partei gehalb mehr Stimmen als die konservative mit ihren 60 Abgeordneten, und deshalb können Sie sie auch dort nicht erdrücken, es ist schon Stand genug, daß die Zahl der Abgeordneten dort nur 6 ist. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Soz.)

Allso einen Verwaltungsgerichtshof will Herr van Calker. Das preußische Oberverwaltungsgericht ist ein warnendes Beispiel. Es hat Gemeinde-, Schöffen- und Vorsteher abgesetzt, weil sie sozialdemokratische Gesinnung verdächtig waren. Und einem solchen Gerichtshof sollten mit die Entscheidung der Wahlprüfungen übertragen. Sie wünschen unabhängige Richter. Gibt es denn solche in Preußen. (Lebhafte Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Bernstein (Soz.): Auch in England ist die Unzufriedenheit mit den Entscheidungen der Richter bei den Wahlprüfungen außerordentlich stark geworden, und zwar gerade bei den liberalen Partei.

Abg. van Calker (natt.): Auch wenn die Wahlprüfungen einem Gerichtshof ihr Urteil überwiesen werden, können die Missbräuche bei der Wahl öffentlich im Reichstag besprochen werden, wie das Beispiel der Reichslande zeigt. Daß auch in England die Kritik gegen die Entscheidungen der Richter nicht schwächt, ist mir bekannt, aber der Sprecher verhindert dort, jede Missbeleidigung der vorleipolitischen Unbefangenheit der Richter, wie es auch hier der Herr Präsident getan. (Abg. Ledebour (Soz.): Um so schlimmer.) Ich bedauere die scharfen Vorwürfe der Vorredner gegen unseren Richterstand, dessen Ehrenhaftigkeit nicht angezweifelt werden sollte.

Abg. Bernstein (Soz.): Die Ehrenhaftigkeit der Richter habe ich nicht angezweifelt. Es kommt hier etwas ganz anderes in Frage. Ich erinnere nur an die unerhörten Urteile wegen Majestätsbeleidigung aus dem Jahre 1878. Ein Richter, der selbst ein solches ganz exorbitantes Urteil gefällt hat, und dies einem Befannten von mir, auch einem Richter, erzählte, erwähnte auf die Frage: „Wie kommen Sie nur dazu kommen, dieses Urteil zu fällen?“: „Bedenken Sie doch die Zeit!“ Da sehen Sie, was in Richterkreisen vorkommen kann. Ein Parlament, das die Prüfung seiner Wahlen aus der Hand gibt, würde Selbstmord begehen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Debatte schließt.

Die Resolution betreffend Wahlprüfungen wird zur Vorprüfung an die Geschäftsaufnahmekommission verwiesen, die Resolution betreffend Freisahrtarten wird gegen die Stimmen einiger Konservativer angenommen.

Der Estat wird bewilligt.

Es folgt die Beratung des Titels „Aus dem Reichsschätzungsamt-Estat“.

Der 31 Millionen für die Kriegsveteranen

Richtschatzkassettar Rühn erklärt, daß die Regierung die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Neuregelung der Bezüge der Kriegsteilnehmer beabsichtige.

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (natt.): Diese Materie muß auf jeden Fall vor der Wehrvorlage erledigt werden. Die Beihilfe muß mindestens auf 150 Mark erhöht werden. Die politische Stellung darf auf keinen Fall ein Grund zur Verzagung der Beihilfe sein. Eine ärztliche Untersuchung dieser alten Leute, deren Dienstzeit 63 Jahre alt sein muß, ist ganz überflüssig.

Abg. Schöpplin (Soz.): Der Schatzkassettar hat sich heute etwas vorsichtiger ausgedrückt als gestern. Er sprach nicht mehr von einer Erhöhung der Bezüge, sondern von einer Neuregelung. Wenn er sagte, die geäußerten Wünsche sollen berücksichtigt werden, so meinte er wohl auch die Wünsche des Kämpferverbandes, auf dessen Eintritt ja der Reichsanziger so entgegenkommend geantwortet hat. Wenn der Bund verlangt, daß nur solche Veteranen Beihilfe erhalten sollen, die wirklich bedürftig sind, so stehen ja auch wir auf dem Standpunkt, daß die Bedürftigkeit entscheiden soll. Aber jetzt, wo es nur noch so wenige Veteranen gibt, wäre es viel richtiger, wenn auch einmal ein paar Veteranen die Beihilfe zu unrecht bekommen, als wenn auch ein einziger sie nicht bekommt, der ihrer bedarf. (Sehr wahrs. b. d. Soz.) Wir wünschen die Erhöhung der Beihilfe auf 360 Mark. Gibt Ihnen das zu weit, so wäre mindestens eine Verdopplung der jetzigen Beihilfen notwendig. Die ärztliche Untersuchung ist bei den alten Herren in der Tat völlig überflüssig. Auf viele Einzelfälle will ich nicht eingehen, nur einige besonders krafft. So wurden in Freiburg in einem Inserrat Blinder und andere abgelegte Sachen für Veteranen gesucht, damit sie bei der Beerdigung ihrer Kriegskameraden wenigstens einigermaßen anständig erscheinen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Daß so etwas nötig ist, gereicht insbesondere im Jubiläumsjahr dem Deutschen wenig zur Ehre. In einem anderen Inserrat hießt ein 70jähriger Veteran um Gewährung eines Bettes. (Hört! hört! b. d. Soz.) Ein anderer Veteran hatte einen Sohn, der in eine Provinzialirrenanstalt gebracht werden mußte, da er geisteskrafft war. Da der Mann nicht für seinen Sohn bezahlen konnte, ist ihm die Veteranenbeihilfe geraubt worden. Ein Polizeibeamter erklärte am gleichen Tage, wo ihm seine Beihilfe ausgezahlt wurde, und belegte sie sofort mit Beschlag. (Hört! hört! b. d. Soz.) Der Witwe eines Kriegsveteranen wurde die Beihilfe entzogen, als sie in einer Irrenanstalt als Toilettenfrau mit 11 Pfennige die Stunde angestellt wurde, weil sie nun eine „gewinndringende Beschäftigung“ hätte, wie das Kriegsmuseum schrieb. (Hört! hört! b. d. Soz.) Bekannt ist auch der in Pressé angeführte Fall, wo ein Expr. ent, der bisher 57 Mark jährlich Entzug erhalten hatte, im Mai 1912 vom Reichsschätzamt den Bescheid erhielt: „Se. Majestät haben außergnädig geruht, Ihnen an Stelle des bisherigen Pensionszuschusses von 57 Mark jetzt einen solchen von 27 Mark zu bewilligen.“ Also Se. Majestät haben allernächst geruht, dem armen Teufel 30 Mark abzuziehen. Diese Einzelfälle genügen wohl. Sollte das angeforderte Gesetz nicht so ausfallen, wie wir es wünschen, so würden wir dann genötigt sein, das Elend der Veteranen in vollem Umfang aufzurollen. Jetzt müssen sich die Gemeinden schon der Veteranen annehmen. Als 1895 die Beihilfe beschlossen wurde, sagte der damalige Schatzkassettar: „Es dürfte ein Gedanke sein, der von Ihnen gern angenommen wird, Kriegsteilnehmer nicht an die Gemeinden zu verweisen.“ Dann aber hat die Regierung so wenig getan, daß schließlich die Gemeinden im bittersten Elend verlorenen lassen, eingreifen mußten. — Einen grenzenlosen Misstag bedeutete der Wohltätigkeitszettel der heutigen Kornblumentage, gar nicht davon zu denken, daß man die Kornblumen zum Teil von Fabrikanten genommen hat, die von den Heimarbeitern verlangt haben, sie sollten sie möglichst umsonst herstellen. (Hört! hört! b. d. Soz.) All das beweist wie wenig das Reich seine Pflicht erfüllt hat. Wenn jetzt nach der scharfen Kritik eine kleine Besserung eingetreten ist, so ist das anzuerkennen. Wer weiß, ob die Regierung sich zur Vorlage entschlossen hätte, wenn nicht die ungesehene Militärvorlage

bevorstände. Sie hat offenbar doch Bedenken getragen, die Milliarden für die Heerbeschaffung zu verlangen, und nebenbei den Standort der Veterancenhilfen bestehen zu lassen, und hat jedenfalls geglaubt, daß ein kleines Schuhleipflästerchen doch notwendig sei. Wir werden alles tun, damit die Vorlage ordentlich gestaltet wird. Wir erkennen an, daß der neue Schatzkassettar wenigstens etwas besseren Willen gezeigt hat, als die meisten seiner Vorgänger. Möge er nun ganze Arbeit machen und für seine alten Kriegsveteranen einmal etwas Ordentliches tun, damit der Deutsche Reichstag endlich damit verlobt wird, nämlich diese Debatten über die Veteranen zu führen, die dem Flecke nur zur Nachre gereichen können. (Bravo! b. d. Soz.)

Reichsschatzkassettar Rühn betont gegenüber dem Vorredner, daß er heute ebenso wie in der Kommission eine Erhöhung der Bezüge habe anstreben wollen.

Abg. Baumann (Benz.) begrüßt die Vorlage. Die Grenze der Hilfsbedürftigkeit müßte auf 300 Mark erhöht werden. Das Gesetz sollte noch möglichst vor Erledigung der neuen Militärvorlage eingebracht werden.

Das Haus verläßt sich.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. (Erste Lesung der Militärvorlage.)

Schluß: 5½ Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Sonnabend das Kapitel „Universitäten“ vom Kultusrat zu Ende beraten.

In der Debatte wurde von verschiedenen Seiten bezwifelt, ob die Universität Frankfurt finanziell gesichert sei.

Diese Zweifel zerstreuten sowohl der Abg. Funk (Frei. Volksp.) als auch der Kultusminister. Von anderer Seite wurde der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß die geplante Universität Hamburg, falls sie wirklich errichtet würde, der Universität Kiel schwere Konkurrenz bereiten könnte. Im übrigen bewegte sich die Debatte weniger auf sachlichem, als auf persönlichem Gebiet.

Die Redner der Mehrheitsparteien, allen voran das Zentrum, ergingen sich in littlicher Entrüstung gegen ihren Genossen Liebknecht, dessen Kritik des in der Studentenschaft herrschenden Geistes es ihnen angetan hat. Allerdings merkte man den Herren sehr deutlich an, daß ihre Entrüstung etwas Geistiges hatte.

Genosse Liebknecht blieb ihnen natürlich die Antwort nicht schuldig; er wiederholte noch einmal unter Belohnung von Beweismaterial, daß tatsächlich die Studenten zum größten Teil sich heute als die herrschenden Kreise fühlen und daß der Geist, der einst in der Studentenschaft lebendig gewesen ist, der Geist, der das Wartburgfest zu stande gebracht hat und der gegen die preußische Politikwirtschaft protestierte, heute längst entschwunden ist. Tressend bemerkte er, daß heute nicht die Studenten, sondern die Arbeiter ein neues Wartburgfest feiern würden.

Die auswärtige Politik

in der Budgetkommision.

In der Freitag-Sitzung der Budgetkommision des Reichstags wurde die Debatte über die auswärtige Politik wieder aufgenommen. Bassermann brachte die schwebenden Fragen in Ostasien zur Sprache, besonders den zwischen Russland und der Mongolei abgeschlossenen Vertrag, ferner die Situation in China, und die Bewegungen fremder Nationen, weltähnliche geschäftliche Beziehungen in China anzuknüpfen.

Unterstaatssekretär Müller erklärte, die Fragen in zum Teil vertraulichen Ausführungen. Bei dem Mongoleivertrag, den Russland im November vorigen Jahres mit dem Hulstu von Urgo abgeschlossen hat, wird in Frage gezo gen, ob der Hulstu legitimiert war, für die ganze Mongolei vertragsschließend aufzutreten. Besonders für die innere Mongolei werde die Legitimation bestreiten; in der äußeren Mongolei habe sich wohl die Mehrzahl der Fürsten dem Urauvertrag angelohnt. Der Vertrag gebe Russland eine bevorzugte Stellung in der ganzen Mongolei. Zwischen dem Hulstu und dem Dalai Lama von Tibet scheine ein Vertrag abgeschlossen worden zu sein; der nähere Inhalt entziehe sich der jetzigen Kenntnis. — In der Frage der Annexionierung der chinesischen Republik sei durch den Entschluß des amerikanischen Präsidenten am Tage nach der Präsidentenwahl eine neue Lage geschaffen. Bisher habe unter den Mächten die Absicht bestanden, in dieser Sache gemeinsam vorzugehen. Wie sich die anderen Mächte nach dem Vorgehen der Amerikaner zu stellen gedächte, sei noch nicht festgestellt.

Genosse Bernstein ging in längeren Aussführungen auf die Darlegungen des Regierungsvorvertreters ein. Im Interesse Deutschlands würde es liegen, wenn es mit der Annexionierung der chinesischen Republik voranginge. — Abgeordneter Müller - Meiningen vertrat die Meinung, Deutschland sei in China sehr stark ins Hintertreffen geraten, während der neue Präsident der Vereinigten Staaten ungemein geschickt operiert habe. — Genosse Ledebour leitete die Stellung der deutschen Regierung in der Frage der chinesischen Unleiche und forderte gleichfalls schnelle Anerkennung der chinesischen Republik, ferner die Befreiung der diplomatischen Stellen mit Leuten, die über praktische Erfahrungen verfügen. — Genosse Noske wies darauf hin, daß das deutsche Kapital in China sich nicht auf der Höhe einer gefunden Unternehmungslust befinden habe. Daraus möge zum Teil auch die recht ungünstliche deutsche Politik in Ostasien schuld sein. Es sei doch ein toller Zustand, daß Deutschland in China nicht einen Beamten habe, der nur einigermaßen Land und Leute kennt. Beachtlich sei auch, daß Tsingtau (im deutschen Kauftauschgebiet) ein förmliches Konkurrenznest für die chinesische Monarchistenpartei geworden ist. Darauf müsse die Regierung achten. u. Schädigungen deutscher Interessen zu verhüten. Abg. Heckeler galt unter schallender Heiterkeit den amtlichen Bericht des deutschen Handels-Sachverständigen in China, der in sehr mangelhaftem Deutsch abgefaßt ist und etwa einem Gundanerauftakt gleich. Drogisch glaube Unterstaatssekretär Zimmermann, auch diesen Beamten in Schutz nehmen zu müssen.

Einem forschrittl. Abgeordneten gegenüber wies der Unterstaatssekretär die Ansicht zurück, daß Deutschland in der Frage der Regierung für die chinesische Regierung zurückgedrängt worden sei. Es handele sich hier um völlig harmlose Pressemeldungen. Die vom Unterstaatssekretär vorauberichteten erweisen, daß von einer Vorzugsstellung anderer Mächte zum Schaden Deutschlands keine Rede sein kann. — Der Vertreter des Reichs in China erklärte, daß die deutsche Verwaltung in Tsingtau angewiesen ist, mit allen Strenge darauf zu achten, daß strikte Neutralität beachtet wird. Abg. den zehn höheren früheren chinesischen Beamten, die in Tsingtau wohnen, ist jegliche politische Betätigung untersagt worden. Abgeordneter Bassermann forderte, daß bei der Amtstellungquin diplomatischen Dienst nicht mehr Geburt, Herkunft und höfische Beziehungen ausschlaggebend seien. Sog. Tago war bat, ihm Zeit zu lassen, mit diesen Anregungen sich vertraut machen zu können. Er stande aber nicht, ob man ohne eigenem Verdienst zum Regalschiffleiter zu können, die diplomatische Karriere einzulegen. Abg. Erzberger äußerte sich eingehend über das Auswärtigen Amt im Auslande. Werner

